

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
19. Februar 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zundel), Wilhelmsstraße,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Entwicklung steht nicht still . . . — Unsere Aufgaben nach der  
Wahl. Von Luise Zieg. — Das Erwachen des englischen Prole-  
tariats. Von Th. Rothstein. — Das ziffermäßige Wahlergebnis.  
Von H. B. — Elise Schweichel zum Gedächtnis. Von M. Kl. —  
Die braunschweigische Wahlreform. Von R. Wagner. — Frauen-  
konferenzen in Österreich. Von a. p.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von der Wahlarbeit der  
Genossinnen im neunten hannoverschen Wahlkreis. — Ewald Buch-  
heim † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche  
Rundschau. — Aus der Holzindustrie. Von K.  
Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstboten-  
frage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im  
Ausland. — Frauenbewegung.

## Die Entwicklung steht nicht still . . .

Das parlamentarische Zwischenspiel der Präsidentenwahl im Reichstag hat vorübergehend die Aufmerksamkeit von dem Kurs abgelenkt, den zu steuern die Regierung entschlossen ist. Er erhellt mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aus der Thronrede, mit der Wilhelm II. den Reichstag eröffnet hat, und aus ihrer Ergänzung; der Thronrede, mit der der preussische Landtag begrüßt worden ist. Diese beiden Kundgebungen des Kronenträgers gehören zueinander wie der rechte und der linke Handschuh, gehören zueinander, weil die Politik des Deutschen Reiches unlöslich mit der Preußens verflochten ist, ja mehr noch: von ihr bestimmt und beherrscht wird.

Die an den neugewählten Reichstag gerichtete Thronrede hat für die wichtigsten Lebensinteressen und Forderungen des arbeitenden Volkes nur Schweigen oder nichts sagende Redensarten gehabt, deren Sinn aber klar ist. An dem „bewährten“ System des Zoll- und Steuerverwunders soll nicht gerüttelt werden. Der arbeiterfeindliche Geist, der die Reichsversicherungsordnung geboren hat, der zu weiterem „Arbeiterschutze“ drängt, wird auch fernerhin die deutsche Sozialpolitik leiten. Das ungemilderte Los der Massen soll also bleiben: Ausplünderung durch künstlich geschaffene und gesteigerte Teuerungspreise; Vernichtung der Lebenskraft, Zertretung des Menschentums durch die kapitalistische Ausbeutung; Bettelpfennige statt ausreichender sozialer Fürsorge für die Zeiten der Not, der Schutzbedürftigkeit. Spurlos scheint an der Regierung des Deutschen Reiches der Zeiten Wandel vorübergegangen zu sein, der mit märchenhaftem Reichtum Weniger Massenarmut zeugt und das Proletariat als zielklaren Kämpfer dagegen, als Preisfechter für die Befreiung der lebendigen Menschen von der Macht des knechtenden toten Besitzes in die Geschichte stellt.

Wie ein blutiger Hohn klingt zu dem allem die Phrase der Thronrede: „Die Entwicklung steht nicht still.“ Sie erhält nur ernststen Inhalt durch die Ankündigung der bevorstehenden neuen Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Die ausbeutungs- und machtrunkene Politik des Imperialismus zu stützen, das ist die einzige scharf umrissene „positive Arbeit“, zu der die Regierung die Vertreter des deutschen Volkes mit dem üb-

lichen patriotischen Tamtam aufruft. Und darin zeigt sich in der Tat, daß „die Entwicklung nicht stillsteht“. Zudem die Regierung sich an den Triumphwagen der Weltmachtspolitik spannt, die den steigenden Rüstungswahnsinn zugleich fordert und fördert, erweist sie sich als getreueste Dienerin der ausbeutenden und herrschenden Klassen, bestätigt sie, daß die kapitalistische Ordnung sich bis zu einem Meißegrad entwickelt hat, der sie ohne Imperialismus, ohne Rüstungstollheit nicht mehr auskommen läßt.

Es ist daher nur selbstverständlich, daß der bürgerliche Liberalismus bis zur äußersten Linken des „unentwegten“ Fortschritts, wie er sich im „Berliner Tageblatt“ wortreich austobt, Purzelbäume des Entzückens darüber schlägt, daß sich in den Mund der Regierung die Waisenvahrheit von der nicht „stillstehenden Entwicklung“ verirrt hat. In diesem Ausdruck kommt Realeres zum Ausdruck als die unschuldsvolle Freude über die billige Reberenz bekundet, die Herrn Bethmann Hollwegs Weisheit dem „liberalen Gedanken“ erwiesen hat. Es spricht daraus der beruhigte bürgerliche Klasseninstinkt, daß trotz der 4% Millionen sozialdemokratischer Wähler die Regierung „voll und ganz“ Sachwalterin der Besitzenden und Ausbeutenden bleiben wird und der aufbegehrenden Camaille nötigenfalls das Anie auf die Brust zu setzen willens ist.

Wer darüber im Zweifel sein konnte, den muß die Thronrede belehren, welche die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten in Preußen verschönt hat. Hier, hinter den schühenden Wällen des „erbärmlichsten aller Wahlrechtssysteme“ konnte die Regierung offener und kräftiger reden als im Hause des allgemeinen Wahlrechts. Und was verheißt sie dem Volke hier als Ergebnis der „Entwicklung, die nicht stillsteht?“ Etwa die Wahlrechtsreform als stärksten, lebendigsten Ausdruck dafür, daß die Entwicklung auch vor Preußen nicht Halt gemacht, sondern es gründlich umgewälzt hat? Kein Sterbenswörtchen davon. Dafür die Forderung neuer Steuern, die namentlich die kleinen Leute schwer belasten werden, wie dies in einem Klassenstaat recht und billig ist. Daneben die Ankündigung eines Zwangsarbeitsgesetzes für die Habentische. Das Belieben der Behörden — preussischer Behörden! — soll jeden in das Arbeitshaus sperren können, der „nicht nur vorübergehend“ für sich oder seine Familie Unterstützung aus Armenmitteln erhält.

Mit heuchlerischem Augenverdrehen wird versichert, daß das Gesetz im Interesse der Familie und der Allgemeinheit sich gegen die „selbstverschuldete“, „pflichtvergeßene“ Armut wenden solle, die lieber in Freiheit hungert und hungert, vagabondiert und bettelt, als hinter den Gittern der kapitalistischen Ausbeutung darbt und gutgesinnt die Almosen Gutgesinnter demütig empfängt. Allein letzten Endes würde sich die Machtstärkung, die es Bureaokratie und Bütteltum verleihen wird, gegen „meuternde“ Lohnslaven kehren. Das Gesetz ist in Wirklichkeit nach seiner innersten Natur eine Abart des Zucht- hausgesetzes in einer neuen bunten Tüte; ist ein Ast am Baume jener Zwangsmaßregeln, welche bestimmt sind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen zu meucheln

und die Besitzlosen der kapitalistischen Ausbeutung auf Gnade und Ungnade zu überliefern.

Daß das Zwangsarbeitsgesetz den sozialen Zweck nicht erfüllt, nicht erfüllen kann, der ihm als prangende Etikette vorgeklebt wird, dafür liegt die Erfahrung der letzten siebenzig Jahre vor. Die Gesetze wesensähnlichen Inhalts von 1843 und 1855, die Preußen von den sozialen Abeln erlösen sollten, die aus Arbeitscheu, Trunksucht usw. erwachsen, haben völlig versagt, so völlig, daß der Staat froh war, als 1871 das Reich den aussichtslosen Kampf mit dem Drachen übernahm. Wie wäre auch anderes als der Bankrott von Gesetzen möglich gewesen, die mit brutaler Gewalt soziale Schäden beseitigen wollen, die als unvermeidliche Zerstückungs- und Abfallprodukte der kapitalistischen Ordnung auftreten. Arbeitscheue, Trunkenbolde, Landstreicher, verlassene Ehefrauen und Kinder können aus dieser besten aller Welten durch papierene Paragraphen, Juristenweisheit und Polizeiallmacht ebenso wenig verbannt werden wie Dirnen, Zuhälter, Kupplerinnen, Falschspieler und andere Nichtgentlemen. Alle gesetzgeberischen Versuche solcher Art bleiben günstigstenfalls Kinderpiel, das den Djean mit dem Breiöffelchen ausschöpfen will.

Jedoch dieses lächerliche Spiel ist auch nicht der eigentliche Zweck des Zwangsarbeitsgesetzes, mit dem das preussische Volk begnadet werden soll. Dafür spricht schon der Umstand, daß die Regelung der Materie nicht weiter durch das Reich, sondern durch den preussischen Staat erfolgt. Die parlamentarische Maschinerie zur Fabrikation von Gesetzen gegen die werttätigen Massen funktioniert zu Ruß und Frommen der Ausbeutenden und Herrschenden viel zuverlässiger und vollkommener hinter den Trümmerhaufen des Dreiklassenhauses als im Reichstag des allgemeinen Wahlrechts. Der letzte glänzende Wahlsieg der Sozialdemokratie hat zweifellos den bürgerlichen Parteien das Konzept verdorben, wonach die ausstehende Strafgesetzesreform dazu mißbraucht werden sollte, ein neues Zuchthausgesetz zu schaffen. Die hochab geschickte Zelle der Scharfmacher soll das preussische Geldsackparlament retten. Es wird findigen und schneidigen Behörden ein kleines fein, nötigenfalls den Nachweis zu erbringen, daß Ausständige von den Bestimmungen des Zwangsarbeitsgesetzes erfaßt werden und ins Arbeitshaus zu stecken sind, allwo sie zur höheren Ehre der bürgerlichen Ordnung Streikbrecherarbeit erwarten kann. Preußen dürfte aber mit einem neuen Ausnahmerecht gegen die „Faulenzer“ wieder einmal der Vorkämpfer der anderen Bundesstaaten sein.

Mit dem angepriesenen „sozialen Reformwert“ greift die preussische Regierung auf die Methoden zurück, mittels derer der englische Staat vor Jahrhunderten die Betriebe des jungen Kapitalismus füllte. An der Schwelle der kapitalistischen Entwicklung steht in England jene berüchtigte „Blutgesetzgebung“, die mit Galgen und Rad die von der Scholle gerissene bäuerliche Bevölkerung in den Manufakturen, Armen- und Waisenhäusern zusammenpferchte, wo sie wehrlose Opfer der kapitalistischen Ausbeutung wurden, die mit der Tier eines jungen, ungebändigten Raubtiers über sie herfiel. Die Regierung des reifen Kapitalismus in Preußen, der eine weltbeherrschende Macht ist, erstrebt das gleiche edle Ziel, in der Form zivilisierter, der Zeit entsprechend ohne Köpfe und Hänge, aber im Wesen nicht minder infam und strupellos. Und der bürgerliche Liberalismus, auf dessen Lippen noch die Schwüre „sozialer Gesinnung“ nachzittern, die er angesichts der ihm unentbehrlichen sozialdemokratischen Stichwahlhilfe gestammelt hat? Die „Frankfurter Zeitung“ gibt zu, daß das Zwangsarbeitsgesetz gegen Streikende angewendet werden könne, und dennoch! Dennoch entdeckt sie in ihm den bekannten „berechtigten Kern“, der goldklar strahlen wird, sobald nur — die Form des Gesetzes geändert wird. In dieser Wirkung haben wir in der Rußschale die ganze unverföhnliche Gegensätzlichkeit der proletarischen und bürgerlichen Klasseninteressen vor uns, die in allen entscheidenden Fragen Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie scheidet; eine Gegensätzlichkeit, die nicht durch parlamentarische Konstellationen und Gierdünge aus der Welt

eslamotiert werden kann, und die immer wieder und immer mehr den Liberalismus unter die Zelte der Reaktion treibt. Man vergesse nicht: die „Frankfurter Zeitung“ ist eines der führenden Organe des „entschiedenen“ Liberalismus in Deutschland, und sie tut sich etwas Besonderes darauf zugute, daß sie nicht bloß die Auffassung der Demokratie schlechtweg vertritt, vielmehr die der „sozialen Demokratie“.

Wie die Politik der preussischen und deutschen Regierung, so bewegt sich auch die Politik des bürgerlichen Liberalismus dem Tier auf dürrer Heide gleich im Kreise. Zwangsmaßnahmen am Anfang der kapitalistischen Entwicklung gegen die Enterteten, die sich den „Segnungen“ des Kapitalismus entziehen wollen, weil sie ihnen noch nicht genügend bekannt sind, Zwangsmaßnahmen auf der Höhe der kapitalistischen Entwicklung gegen die Ausgebeuteten, weil sie diese „Segnungen“ nur zu gut kennen und sich gegen sie zur Wehr setzen. Der Kreislauf dieser „Entwicklung, die nicht stillsteht“ und nach dem Willen der herrschenden Klassen nicht stillstehen soll, ist jedoch bereits gesprengt. Gesprengt durch die Erkenntnis und den Willen des Proletariats, das „restlos nach Befreiung lechzt“.

Dieses bedeutsamste, entscheidende Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung ist am 12. Januar zu Fleisch und Blut verkörpert in 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler vor die Herren und Ruhnitzer der bürgerlichen Ordnung getreten. Das drohende Zwangsarbeitsgesetz und die polternd bekundete Lobfeindschaft gegen das allgemeine Wahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus lenken die Blicke der proletarischen Kämpferscharen neuerlich zwingend auf das große Ziel, das heute mehr denn je der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht unseres politischen Lebens geblieben ist: die Eroberung des vollen demokratischen Wahlrechts in Preußen.

Die Gläubigen und Sänger des liberalen Johannistriebs sehen in einem Reichstagspräsidium der Linken, in ihren eventuellen Beschlüssen zur Erweiterung des Interpellationsrechts, zur Einführung der Ministerverantwortlichkeit und anderen unerläßlichen Einrichtungen eines wirklich konstitutionellen Staats die Bürgschaften einer freien politischen Entwicklung im Reich. Die Arbeiterklasse würde es gewiß nicht unterschätzen, wenn die bürgerliche Linke der Sozialdemokratie gleich den energischen Willen zur parlamentarischen Macht fände. Jedoch sie übersieht dabei keineswegs, daß das Volkwerk der Reaktion nicht durch die Paragraphen der Reichsverfassung gebildet wird, sondern von dem preussischen Dreiklassenwahlrecht. Die Beschlüsse des Reichstags werden nicht die herrschenden und regierenden Gewalten unterwerfen, die ihren stärksten Stützpunkt im preussischen Landtag haben, umgekehrt werden diese Gewalten von dieser Feste aller Reaktion aus die Beschlüsse des Reichstags in papierne verwandeln.

Nicht in dem Reichstag und um den Reichstag, gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen werden die nächsten großen entscheidenden Schlachten für Deutschlands freie Zukunft geschlagen. Es ist gewiß selbstverständlich, daß das kämpfende Proletariat seine volle Kraft einsetzt, um die im Reichstag eroberte Position bis zum letzten Zoll Boden für seine Interessen zu nützen. Aber gerade weil dem so ist, muß der preussische Wahlrechtskampf erhöhte Bedeutung gewinnen. Die Thronreden haben kein Wort für die brennendste aller politischen Aufgaben in Preußen, in Deutschland gehabt. Die Liberalen haben so viel davon geredet, als der Massenschritt der Arbeiterbataillone ihnen abgezwungen hat. Die Sprache der Massen wird die Tat sein. Die Thronreden haben unter dem Beifall der bürgerlichen Klassen — auf der Rechten und auf der Linken — gezeigt, daß „die Entwicklung nicht stillsteht“ auf dem Gebiet des Militarismus, des Imperialismus, des Zoll- und Steuerraubs, der Scharfmacherei. Es ist an den Arbeitermassen, an den Siegern des 12. Januar, ihrerseits durch Kolbenstöße gegen das Tor des Geldsackparlaments der Welt zu verkünden: „Die Entwicklung steht nicht still“ ...

## Unsere Aufgaben nach der Wahl.

Der Wahlkampf ist vorbei, auf zu neuen Kämpfen.

Die Sozialdemokratie als revolutionäre Partei kennt keine Unterbrechung ihrer Agitation, ihrer Organisations- und Schulungsarbeit. Sie kann sich deshalb auch nicht ausruhen auf den „Lorbeeren ihres Wahlsiegs“, sondern ihre Losung heißt: Vorwärts zu neuen Kämpfen. Just der glänzende Wahlsieg auferlegt der Sozialdemokratie besondere Verpflichtungen. Große Scharen neuer Anhänger sind bei der Wahl zu uns gestoßen. Manche als zielklare Wähler; andere aber sind erst durch den Wahlkampf aus politischem Schlafe erweckt worden und bedürfen energischer weiterer Aufrüttelung, um nicht in den alten Zustand zurückzufallen; dritte sind durch den Wahlkampf aus den gegnerischen Lagern zu uns herübergerissen worden und zweifeln noch, ob sie dauernd bei uns bleiben sollen, weil die jahrelange Verleumdung unserer Ziele und Grundzüge in ihnen nachwirkt. Diese alle müssen dem festen Besitzstand der Partei einverleibt und zu dem Zwecke durch Organisation und Presse erfasst, festgehalten und geschult werden. Um solche Aufgabe zu erfüllen, bedürfen wir aller verfügbaren Kräfte der Partei. Das um so mehr, da wir daneben unsere andere Pflicht nicht vernachlässigen dürfen, die in der weiteren Ausfaat sozialistischer Ideen auf dem noch vorhandenen Brachland besteht.

Uns soll heute die Frage beschäftigen, wie die Partei die hervorgehobene Aufgabe am besten löst und welche speziellen Funktionen den Genossinnen dabei zufallen.

Da ist zunächst die öffentliche Agitation durch Versammlungen ins Auge zu fassen. Unsere Partei hat es bisher stets verstanden, dem Gebot der Stunde zu folgen und jede politische Situation zur Erweckung und Aufklärung der Massen auszunutzen. Es hat sich dabei gezeigt, daß unser Ruf an diese sich dann am wirksamsten erwies, wenn er unter dem Druck eines politischen Ereignisses erging oder aber wenn bestehende Einrichtungen und Zustände für weite Volksschichten sich als unerträglich erwiesen. An beiden Voraussetzungen unseres Erfolges fehlt es gegenwärtig wahrlich nicht.

Wenn diese Zeiten erscheinen, ist der parlamentarische Kampf der Sozialdemokratie mit ihren Gegnern bereits eröffnet. Die Auseinandersetzungen im Reichstag werden ein vieltaufendstimmiges Echo draußen im Volke finden und unsere Agitation im Lande ungemein beleben. Wir wollen heute nicht im einzelnen untersuchen, auf welchen Gebieten unserer Meinung nach zunächst der Vorstoß unserer Fraktion erfolgen müßte. Einmal hängt das nicht allein von der Fraktion ab, sondern sehr viel von der Geschäftslage des Reichstags, und dann ist es wohl zweifelsohne, daß alle die Fragen, die im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen, auch im Mittelpunkt des parlamentarischen Kampfes stehen werden. Im gegebenen Moment werden also die Siebe ebensowohl auf den Imperialismus mit seinem Um und Auf niedersausen, wie es gegen die volksauswuchernde Zoll- und Steuerpolitik geht und gegen die Reaktion auf allen Gebieten der inneren Politik: gegen den beabsichtigten Raub des Koalitions- und Streikrechts und des Wahlrechts im besonderen. Selbstverständlich ist es auch, daß die Rückwärtserei auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik bekämpft wird und daß das Ringen nicht zuletzt der Demokratisierung des Staatslebens im Reiche und in Preußen gilt und damit einem demokratischen Wahlrecht zum preussischen Landtag. Sind die parlamentarischen Kämpfe entbrannt, wird von unseren Abgeordneten bei den einzelnen Fragen dem, was ist und was nach dem Willen der Herrschenden geschaffen werden soll, mit grundsätzlicher Schärfe gegenübergestellt, was die sozialdemokratischen Volksmassen heischen, so heißt es dann, draußen Sorge zu tragen, daß die Volksmassen diese Kämpfe nicht nur im Geiste miterleben, daß sie ihnen nicht nur in atemloser Spannung folgen, sondern daß sie durch Massenaaktionen laut und nachdrücklich ihrem Einverständnis mit den Forderungen ihrer Vertreter Ausdruck geben.

Wenn zur gegebenen Zeit überall im Reiche solche Aktionen unternommen werden, zu denen die parlamentarischen Verhandlungen das Signal bilden, so erwachsen auch unseren Genossinnen Pflichten. Sie müssen dafür eintreten, daß an den einzelnen Orten entweder auch Frauensammlungen einberufen werden, die das besondere Interesse der Frauen an den betreffenden Fragen aufzeigen, oder daß dort, wo das nicht angängig ist, die Frauen besondere Einladungen zu den allgemeinen Veranstaltungen erhalten. Der Parteivorstand kann nicht immer zu einheitlichen Aktionen aufrufen; politische Vorkommnisse in den einzelnen Bundesstaaten, die zunächst im gegebenen Moment ein größeres Interesse als die Vorgänge der Reichspolitik in Anspruch nehmen, können das verhindern, auch mag ein häufiges Wiederholen solcher Aufrufe nicht empfehlenswert sein. Da müssen unsere Genossinnen eben selber Initiative entwickeln und am Orte die notwendigen Veranstaltungen zur Aufrüttelung und Organisation der Frauen veranlassen.

Stellen wir uns vor, daß in der nächsten Zeit unsere Genossen im Reichstag eine Steuerdebatte provozieren und unsere Forderungen zur Vinderung der Kollage der Massen mit aller Schärfe vertreten. Unter allen Umständen müßten dann unsere Genossinnen in den einzelnen Orten sofort beantragen, daß die Frauen als die „Finanzminister“ der Familien in erster Linie zum Protest gegen die brotverteuernde Politik des Reiches aufgerufen werden. Oder ein anderes Beispiel. Der preussische Polizeiminister v. Dallwitz und der Junker Demnig haben durch ihre unglaublich provozierenden Reden im Landtag die Alarmtrommel für den Wahlrechtskampf in Preußen geschlagen. Wenn dieser in aller nächster Zeit mit voller Wucht wieder einsetzt, so müssen unsere preussischen Genossinnen dafür wirken, daß die Aktion der Partei auch zur Aufrüttelung weiter Frauenkreise nutzbar gemacht wird. Eine Steigerung des preussischen Wahlrechtskampfes wird alsdann unser Frauentag bilden, der jedenfalls im Mai stattfindet und an dem speziell die proletarischen Frauen als Trägerinnen der Forderung weitgehendster Demokratisierung des Wahlrechts aufmarschieren.

Selbstverständlich muß unsere öffentliche Agitation auch unabhängig von den parlamentarischen Kämpfen und der dadurch verursachten politischen Spannung erfolgen. So tritt beispielsweise zu der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel in der jüngsten Zeit eine Preissteigerung der Kohle und des Petroleum und weitere Kohlenvertierungen stehen bevor. Petroleumring und Kohlenyndikat, dem auch der Fiskus beigetreten ist, gehen bei der Schröpfung der Konsumenten rücksichtslos vor. Ja mehr noch. Sie suchen diese Auswucherung zu begründen mit einer angeblichen Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, die — nirgends stattgefunden hat. Weiter kommt hinzu, daß in den Großstädten die Kartoffeln — leider ein Hauptnahrungsmittel der Arbeiterfamilien — fortgesetzt im Preise steigen. Hier und da werden schon 80 Pf. für 10 Pfund gezahlt. Das Weißkraut, sonst eines der billigsten Gemüse, wird nur noch nach Gewicht verkauft, und auch dafür steht noch ein weiteres Anziehen der Preise in Aussicht, da der Frühling ohnehin eine größere Knappheit der Vorräte mit sich bringt, die sich auch für den Preis anderer Gemüse fühlbar macht. Es sei weiter daran erinnert, daß mit dem 15. Februar der Zoll auf Kartoffeln in Kraft tritt, der um so sicherer zu einer neuen Preissteigerung führt, weil wir durch die geringe Kartoffelernte des letzten Jahres auf die Einfuhr ausländischer Kartoffeln angewiesen sind. Nach den Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ ist in vier Monaten des Jahres 1911/12 bereits das doppelte Quantum ausländischer Kartoffeln eingeführt worden als im ganzen Hungerjahr 1904. Nach der „Deutschen Fleischzeitung“ steht gleichfalls ein Steigen der ohnehin unerschwinglichen Fleischpreise bevor, weil infolge der Futtermittelknappheit und der Viehseuchen der Viehbestand der Landwirte stark dezimiert ist. Trotz alledem weigerte sich bekanntlich bisher die Regierung, die Zölle zu suspendieren und die Grenzen zu öffnen.

Was könnte besser ausgenutzt werden zur Aufrüttelung und Aufklärung proletarischer Frauentreise als diese aufreizenden Tatsachen? Natürlich sind die angeführten Agitationsmöglichkeiten nur Stichproben aus der schier unerschöpflichen Fülle des vorliegenden Agitationsstoffes. Sie sollen lediglich Fingerzeige sein, wie jede Gelegenheit genutzt werden muß.

Benötigen die Genossinnen Material zur Agitation, so brauchen sie sich nur an das Frauenbureau zu wenden, sie erhalten dann das Gewünschte zugesandt. Werden zur guten Verbreitung der geplanten Versammlungen Flugblätter gewünscht, so möge man sich daran erinnern, daß diese vom Parteivorstand zu fordern sind. Wenn Flugblätter nötig sind, die auf spezielle Fragen ausführlicher eingehen, so wird das Frauenbureau sehr gern Musterflugblätter entwerfen, ebenso wie es die vor uns liegende Agitation durch Artikel in der gesamten Parteipresse in derselben Weise zu unterstützen gedenkt, als es bei der Wahlbewegung und anderen Anlässen geschehen ist.

Daß bei unserer öffentlichen Agitation in der kürzlich von mir geschilderten Weise Mitglieder und Abonnenten zu werben sind, versteht sich. Wichtig ist aber vor allem, daß sie ergänzt wird durch eine gründliche Hausagitation. Bei früheren Hausagitationen haben die Genossinnen mancher Orte den Wunsch geäußert, daß ihnen zur Erleichterung ihrer mühevollen Arbeit eine kleine Flugchrift geliefert werde, die sie vielleicht am Freitag in den Straßen austragen, in denen sie am Sonntag agitieren wollen. Diesem Wunsche sind wir nachgekommen. Es ist gegenwärtig eine ganz kleine Broschüre im Druck, die den Titel trägt: „Bist du eine der Unserigen?“ Dieses Schriftchen legt die Notwendigkeit der politischen Organisierung der Frauen knapp und eindringlich dar und weist als falsch die landläufigen Einwendungen zurück, denen wir bei der Agitation begegnen. Wir hoffen, daß die kleine Arbeit unserer Genossinnen gute Dienste leisten wird.

Zum Schluß wollen wir recht nachdrücklich der Schulung unserer Genossinnen das Wort reden. Noch viele Orte haben bisher keine Leseabende eingerichtet, wenngleich in der letzten Zeit das Frauenbureau recht häufig um Auskunft über Einrichtung und Ausgestaltung dieser Bildungsmittel ersucht worden ist. Wo die Leseabende noch fehlen, müssen sie unbedingt eingerichtet werden, um die sozialistische Erkenntnis unserer Genossinnen zu erweitern und zu vertiefen und sie für die praktische Mitarbeit in der Partei zu schulen. Den Leitfaden für Leseabende können die Genossinnen vom Frauenbureau erhalten, und auch sonst versorgen wir sie sehr gern mit dem nötigen Material. Wo die passenden Kräfte im Kreise vorhanden sind, wird es sich auch empfehlen, für die fortgeschrittenen Genossinnen Kurse zur Weiterbildung abzuhalten, wie solche im verflossenen Jahre in Berlin mit gutem Erfolg stattfanden. Wo die Lehrkräfte fehlen, sollten die Wanderkurse des Bildungsausschusses möglichst von Genossinnen besucht werden; außerdem wird es gut sein, darauf zu dringen, daß vom Bildungsausschuß auch besondere Kurse zur Weiterbildung der Frauen eingerichtet werden. Wir halten das für sehr wichtig, sowohl im Interesse der Persönlichkeitsentwicklung unserer Genossinnen, wie im Interesse der Gesamtpartei, die immer dringender der Mitarbeit der Frauen bedarf.

Angeichts dieser Tatsache sollten auch unsere Genossinnen dafür eintreten, daß die Anstellung eines weiblichen Parteisekretärs in den Bezirken erfolgt, wo die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Der Parteivorstand hat sich bereits vor mehr denn Jahresfrist im Prinzip für diese Einrichtung ausgesprochen, ihre praktische Durchführung jedoch bis nach den Wahlen verschoben, und auf der Frauenkonferenz und dem Parteitag zu Jena ist diese Forderung erneut erhoben und begründet worden. Es ist zweifellos, daß die Entwicklung unserer Frauenbewegung eine schnellere, gründlichere und stetigere werden wird, wenn wir durch die Schaffung weiblicher Sekretärstellen eine Anzahl wichtiger Stützpunkte für sie bekommen.

Es gibt also Arbeit für uns in Hülle und Fülle. Es gilt die Schaffung neuer Einrichtungen, den Ausbau alter zu fördern. Aus Wert denn, die Zeit drängt! Luise Zieg.

## Das Erwachen des englischen Proletariats.

„In keinem Augenblick seit dem großen Kriege“ — gemeint ist die große Revolution des siebzehnten Jahrhunderts — „waren in Großbritannien die Zeichen der sozialen Unruhe so allgemein wie heutzutage.“ Mit diesen Worten streiften die „Times“, das Leiborgan der englischen Bourgeoisie, den inneren Zustand des Landes an der Jahreswende. Aus Angst vor diesen Zeichen war vielleicht dem würdigen Blatte das Gedächtnis ein wenig schwach geworden und die „soziale Unruhe“ der dreißiger Jahre — die Chartistenbewegung — seinem historischen Auge entgangen. Sicher aber ist eins: wenn es auch in England in den letzten hundert Jahren keineswegs an Bewegungen von sozialer Bedeutung gefehlt hat, so überlassen doch die jetzigen ihre Vorgängerinnen und können wirklich mit den Bewegungen des siebzehnten Jahrhunderts verglichen werden. Auf den Schlachtfeldern der Cromwellschen Kriege wurde damals die englische Bourgeoisie als soziale und politische Macht geboren. Jetzt, in dem Ringen der Eisenbahner, der Spinner und Weber, der Vergarbeiter, der Schiffzimmerer und -mechaniker, der Hafenarbeiter usw. wird das englische Proletariat wenn auch nicht zum ersten, so doch zum zweiten Male geboren, und zwar diesmal als eine revolutionäre Macht, die die gesamte bürgerliche Gesellschaft unzustoßen droht.

Die englischen Arbeitermassen sind endlich aus langem Schlummer erwacht — das ist die Signatur der jetzigen „sozialen Unruhe“. Das Erwachen ist kein Erwachen aus einem ruhigen und sanften Schlafe, der ein angenehmes Gefühl der Zufriedenheit in allen Gliedern zurückläßt. Der Schlaf war bereits in seinen letzten Stunden ein Alp, und die Arbeitererschaft erwachte in Schrecken und in Eorn und sprang auf die Füße wie ein Riese, der sich unerwartet rings von Gefahren bedroht sieht. Wie sind die Massen sogar von den eigenen Führern mißverstanden worden! Diese Führer — selbst die besten — haben gewiß nie geschlummert. Aber für sie war der Schlaf der Massen ein natürlicher Zustand, und ihre höchste Pflicht erblickten sie darin, die Massen schlafen zu lassen und ihre Beziehungen zu der Unternehmerwelt auf eigene Verantwortung hin zu regeln. Als anfangs 1908 die erste Schar der Arbeiter erwachte — es waren die Schlosser und Mechaniker auf den Werften an der nordöstlichen Küste, denen die Unternehmer mit einer Lohnherabsetzung drohten —, da wurde selbst ein Barnes, der damals Sekretär der Mechanikergewerkschaft war, von hellem Staunen ergriffen. Da sich die Arbeitererschaft weigerte, das von ihm mit den Unternehmern abgeschlossene Abkommen anzuerkennen, legte er sein Amt nieder. Die Arbeiter verloren damals den Kampf und wurden zusammen mit ihren in den Werften beschäftigten Arbeitsbrüdern etwa neunzehn anderer Berufe durch einen kollektiven Vertrag gebunden, der einen Streik in irgend einem Berufe und in irgend einem Orte nur nach einer langen Prozedur zuließ und mit Genehmigung aller übrigen Berufsgruppen. Der Vertrag wurde vom Feind und Freund — die Führer eingeschlossen — als eine Großtat sozialer Weisheit gefeiert. Kaum aber waren anderthalb Jahre vergangen, als er von den Kesselschmieden gebrochen wurde, und dreimal nach einander wurde das Vorgehen der Führer desabouiert, die die erfolgte allgemeine Aussperrung durch ein Kompromiß beizulegen versuchten. Schließlich setzten die Arbeiter ihre Forderungen durch. Damals konnte man von allen Seiten hören — selbst aus dem Munde Philipp Snowdens, eines Führers der „Arbeiterpartei“ —, die englischen Arbeiter seien „Anarchisten“. Die gehässigsten Angriffe gegen die Gewerkschaften, die sich einer der reaktionärsten Richter Englands

erlaubt hatte, der jüngst verstorbene Grantham, fanden allgemeine Zustimmung.

Seitdem ist die Welt eines besseren belehrt worden, und besonders die gewaltigen Kämpfe des vergangenen Sommers waren es, die den Inhalt und den Sinn der „sozialen Unruhe“ in die Köpfe der gesamten bürgerlichen Welt eingepaukt haben. Aber gerade deshalb hat diese Welt jetzt alle ihre Kräfte mobilisiert, um der drohenden Gefahr zu steuern. Eine bürgerliche Polizeimiliz, eine freiwillige Streikbrechergarde, ein allgemeiner Unternehmerverband zur gegenseitigen Unterstützung, ein amtlicher Ausschuß zur friedlichen Regelung der gewerblichen Streitigkeiten, eine planmäßigere Verteilung der Truppen in den Industriegebieten, ein Verein zur Abschaffung des Streikrechts — alles dies, Beifische und Zuderbrot, wurde in den letzten Monaten geschaffen, um die „soziale Unruhe“ innerhalb gewisser Schranken zu halten. Diesen Bestrebungen zu Hilfe kommt wenn nicht das Unverständnis, so bereits das Überverständnis eines Teils der führenden Gewerkschafter, nämlich der alten, liberalgesinnten Gewerkschaftsbeamten, denen das Erwachen der Massen das ganze Konzept verdirbt und das friedliche Einvernehmen mit dem Unternehmertum zerstört.

Ende Dezember ließen sich 160000 Weber in Lancashire — hauptsächlich Frauen — lieber aussperren, als daß sie mit Nichtorganisierten zusammen gearbeitet hätten. Sofort trat der Vorstand der Gewerkschaft in Unterhandlungen mit dem Unternehmerverband ein, nicht um die Forderung der Arbeiter durchzusetzen, sondern um eine goldene Brücke für den Rückzug zu bauen! Nach mancher Bemühung gelang es ihm, unter Mitwirkung des Vertreters des Handelsministeriums, das bereits bei dem Eisenbahnerausstand erprobte Rezept fertigzustellen: die Arbeiter vertragen den Austrag der ganzen Frage auf ein halbes Jahr, die Aussperrung wird aufgehoben, unterdessen erümt der Herr Regierungskommissar einen Plan zur Regelung der Streitfrage, und wenn dieser Plan die Arbeiter nicht befriedigen sollte, so dürfen diese erst nach weiteren sechs Monaten den Kampf wieder aufnehmen! Diesem „Kompromiß“ wurde von der Delegiertenkonferenz der Weber — die fast durchweg aus Gewerkschaftsbeamten bestand — im Namen der Arbeiter zugestimmt. Ganz Lancashire ist in der Folge in starke Gärung geraten, die zwar bis jetzt noch zu keinem Disziplinbruch führte, jedoch die Beziehungen zwischen der Masse und den Führern außerordentlich erschüttert und zugespitzt hat.

Wie es scheint, beabsichtigen die Führer der Bergarbeiter in dem angekündeten Kampfe mit dem Unternehmertum nicht anders als die Führer der Weber zu handeln. Mit überwältigender Majorität haben die 600000 bis 700000 Grubenproletarier, die in dem Allgemeinen Bergarbeiterverband von Großbritannien organisiert sind, für einen allgemeinen Ausstand am 1. Februar zur Erkämpfung eines festgesetzten Minimallohnes gestimmt, und zwar eines Minimallohnes für sämtliche Zechen und Kategorien der Arbeiterschaft. Mit dieser Abstimmung wurde den Führern der Bergarbeiter das Signal zu Unterhandlungen mit den Unternehmern gegeben. Unterhandlungen über was? Etwa um die Forderung der Arbeiter auf friedlichem Wege durchzusetzen? Ach, nein! Wer die liberalen Herren Edwards und andere kennt, der weiß, daß ihre Bemühungen dahin gehen werden, die Aktion der Arbeiter auf die eine oder andere Weise aus der Welt zu schaffen.

Mag sein, daß die Arbeiter in diesen und allen anderen Fällen den Fehler begangen haben, in einem ungeschickten Augenblick Forderungen zu stellen. Darüber wollen wir hier nicht streiten. Das Wichtige ist, daß sie selbst Forderungen stellen, daß sie dabei die Ratsschläge ihrer beruflichen Führer beiseite schieben und schließlich mit ihnen oftmals in Gegenfälle und Konflikte geraten. Das bekundet eine Selbstbetätigung der Massen, von der man bis jetzt ganz und gar nichts bemerkt hat. Ob sie bei ihren Aktionen den Unternehmern und den eigenen Führern gegenüber erfolgreich sind oder nicht, ist in diesem Zusammenhang nicht wesentlich. Die Gärung wird durch den Mißerfolg nicht erstickt, sondern ge-

radazu gesteigert; der Durst nach Selbstbetätigung wird dadurch nur gereizt und findet seinen Ausdruck in der Zusammenschließung der Gewerkschaften zu großen Verbänden und in dem verminderten Einfluß der alten Leitungen. Man darf sogar sagen: je mehr die Bewegung jetzt gedämpft wird, desto schneller muß sie zum Selbstbewußtsein kommen, um eines Tags alle beengenden Schranken niederzureißen.

Die Bewegung wird nämlich von Kräften getrieben, die sich nicht Halt gebieten lassen. Es ist zunächst das steigende Mißverhältnis zwischen dem Lohn und den Kosten des Lebenshaltung, das die Arbeiter in Atem hält. Der Lohn bewegt sich nicht nach aufwärts, aber die Kosten des Lebensunterhalts gehen unaufhörlich in die Höhe. Ein Beispiel! In der Baumwollindustrie, der vornehmsten Industrie Englands, in welcher der jüngste Kampf stattfand, verdient nach amtlicher Feststellung ein erwachsener Arbeiter durchschnittlich 29,50 Mk. und eine erwachsene Arbeiterin 18,65 Mk. pro Woche. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter überhaupt stellt sich auf 19,55 Mk. pro Woche oder auf 960 Mk. pro Jahr. Dies in der reichsten Industrie Englands, wo 1907 hundert der bedeutendsten Spinnereien die Kleinigkeit von 20 600 000 Mk. „verdient“ und eine Dividende von 16 Prozent verteilt haben. Das alles sind amtliche Ziffern. Vergleicht man sie mit denen, die für dieselbe Arbeiterkategorie 1886 ermittelt worden sind, so findet man, daß in jenem Jahre der Durchschnittsverdienst eines erwachsenen Mannes 23,55 und einer erwachsenen Arbeiterin 15 Mk. pro Woche betragen hat. Also im Verlauf von zwanzig Jahren ist der wöchentliche Verdienst um kaum 6 Mk. in einem, und noch nicht um 4 Mk. in dem anderen Falle gestiegen. Das bedeutet in beiden Fällen eine Lohnerhöhung von etwa 24 Prozent. Rein äußerlich betrachtet, sieht das sehr imponant aus, jedoch abgesehen von dem niedrigen Niveau der Löhne, das diese Ziffern künden, muß man folgende Tatsachen im Auge behalten. Ein Wochenverdienst ist noch keineswegs ein Jahresverdienst, und daß das wirkliche Einkommen des Arbeiters davon abhängt, ob er stete Beschäftigung hat oder nicht. In dieser Hinsicht aber sind die Arbeiter gerade in der Baumwollindustrie den immer zunehmenden Schwankungen ihrer Beschäftigung ausgesetzt. So wurde dort 1902 12 Wochen, 1903 14 Wochen, 1906 36 Wochen, 1908 6 Wochen, 1909/10 38 Wochen — zusammen im Verlauf von 9 Jahren nicht weniger als 107 Wochen, also mehr als zwei Jahre — „kurze Zeit“ gearbeitet, das heißt mit Einschränkung der Beschäftigung bloß drei oder vier Tage pro Woche! Was bleibt dann von der angeblichen Zunahme des Verdienstes um 24 Prozent? Vielleicht die Hälfte, vielleicht noch weniger! Allein wie sind die Kosten der Lebenshaltung gestiegen? Um die Mitte der achtziger Jahre standen die Preise des Lebensbedarfs schon ziemlich hoch. Dann sanken sie allmählich und erreichten gegen 1896 ihren tiefsten Stand. Seit der Mitte der neunziger Jahre aber sind sie neuerlich und nach amtlicher Darstellung folgendermaßen gestiegen: Weizen um 20 bis 30, Rindfleisch um 14, Speck um 40, Eier um 30, Zucker um 15, Kohle um 18 Prozent. Das alles aber im Engroshandel. Nimmt man die Detailpreise in London, so beträgt die Preissteigerung für Mehl 32, für Rindfleisch 21, für Speck 60, Butter 11, Eier 21, Zucker 24 Prozent usw. Diese Ziffern beziehen sich auf das Jahr 1910, aber seitdem sind die Preise des Lebensbedarfs noch mehr gestiegen und sie müssen unvermeidlich noch immer weiter steigen.

Die teure Lebenshaltung ist es, die jetzt immer mehr die Arbeiterwelt in steter Gärung halten wird, dies aber um so mehr, als die Kapitalistenklasse unter dem Druck der geänderten Stellung Englands auf dem Weltmarkt nicht die leiseste Neigung bekundet, dem Drängen der Arbeiterklasse in nennenswerter Weise entgegenzukommen. Das beweist ihre jetzige Mobilmachung gegen die Massenbewegungen. Auf der Grundlage des wirtschaftlichen Faktors erhebt sich aber ein zweiter, ein geistiger Faktor: der Sozialismus, der von den Massen empfunden wird und ihrer Gärung einen ganz neuen Charakter aufzuprägen berechnet ist. Die Wirkung dieses Faktors

läßt sich nicht in kurzen Worten schildern, es muß genügen, daß wir sie mit den Worten der „Times“ kennzeichnen. Nachdem das Blatt die außerordentliche „soziale Unruhe“ konstatiert hat, erklärt es: „Die steigende Teuerung und die abnehmende Kaufkraft der Löhne mögen zu dieser Unruhe beigetragen haben, wir fürchten aber, daß darin auch andere Umstände mitspielen. Uns dünkt, auch ein Wandel in den moralischen Auffassungen des Volkes sei dafür verantwortlich. Viele unserer Arbeiter haben zum erstenmal in der englischen Geschichte die wesentlich nicht-englischen Prinzipien des kontinentalen Sozialismus und des kontinentalen Atheismus in sich aufgenommen.“

Das stimmt. Die gegenwärtige Gärung ist nicht bloß eine „soziale“, sondern wird immer mehr eine sozialistische Unruhe: darin besteht das Charakteristische des Erwachens der englischen Arbeiterklasse. E. H. Rothstein, London.

## Das ziffermäßige Wahlergebnis.

Die amtlichen Zahlen, die der „Reichsanzeiger“ über die Stimmzahlen der Parteien bei der Reichstagswahl veröffentlicht, geben ein stolzes Bild vom Fortschritt der Sozialdemokratie. Mehr als ein Drittel aller Abstimmenden, genau 34,82 Prozent, und 29,43 Prozent aller überhaupt Wahlberechtigten haben sozialdemokratisch gewählt. Nach den amtlichen Feststellungen hat die Sozialdemokratie bei 1444177 Wahlberechtigten und von 12206808 abgegebenen gültigen Stimmen 4250329 erhalten. Da von der Zahl der Wahlberechtigten eine gewisse Anzahl inzwischen Verstorbener und Schwerkranker sowie VerzoGENER abgezogen werden muß, die an der Ausübung des Wahlrechtes verhindert ist, so hat die Sozialdemokratie also nicht mehr weit, bis sie ein Drittel aller Wahlberechtigten ausmacht — von der Zahl der Abstimmenden macht ihre Wählerschar, wie schon gesagt, bereits mehr als ein Drittel aus. Im Jahre 1903, dem Jahre unseres größten Fortschritts vor 1912, hatten wir erst 31,70 Prozent der Wähler und 24,03 Prozent der Wahlberechtigten. Im Jahre 1907 stieg das Verhältnis der sozialdemokratischen Wähler zur Zahl der Wahlberechtigten auf 24,71, das Verhältnis zur Zahl der Abstimmenden aber sank — wegen der stärkeren Wahlbeteiligung und des Anschwellens der bürgerlichen Parteien — auf 28,93 Prozent. Diese Zahlen zeigen den Fortschritt, den die Wahlziffern des 12. Januar für die Sozialdemokratie bedeuten. Nehmen wir die Zahlen von 1903 als Grundlage, da wir die Größe unseres Sieges nur an diesem Siegesjahr richtig messen können, so ergibt sich eine Steigerung des Verhältnisses unserer Wählerzahl zur Zahl der Wahlberechtigten von 24,03 auf 29,43 Prozent, also um 5,4! Und eine Steigerung des Verhältnisses zur Zahl der Abstimmenden von 31,70 auf 34,82 Prozent, also um 3,12! Und dabei ist infolge der Oppositionsstellung des Liberalismus die Zahl jener Bürgerlichen geringer als bei bisherigen Wahlen, die ihren Stimmzettel für die Sozialdemokratie lediglich zum Zeichen des Protestes gegen einzelne Mißstände abgeben, ohne uns auch nur gefühlsmäßig anzugehören. Natürlich haben wir auch diesmal Mitläufer, aber sie bestehen wohl überwiegend aus solchen Leuten, die gefühlsmäßig, ohne viel von den Zielen des Sozialismus zu wissen, in der Sozialdemokratie den Hort der Gedrückten und Ausgebeuteten sehen. Diese Mitläufer aber können wir durch Aufklärungsarbeit ganz gewinnen und zu überzeugten Sozialdemokraten machen. An dieser Arbeit aber soll es nicht fehlen — der große Sieg wird uns nicht dazu verleiten, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Wir wissen zu gut, daß die Quelle dieses Sieges sowie unserer zukünftigen Siege in der unablässigen Aufklärung, Belehrung und Aufklärung der Massen, nicht zuletzt auch der Frauen und der Jugend liegt.

Die bürgerlichen Parteien zusammen haben 7956479 Stimmen erhalten. 1907 betrug die Zahl ihrer Wähler 8003755. Sie ist also diesmal um 47276 unter die von 1907 gesunken. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie nicht nur den ganzen

Zuwachs an Wählern seit 1907, das sind 944 033, gewonnen, sondern auch noch darüber hinaus 47276 Wähler den Bürgerlichen abgenommen hat. Die Sozialdemokratie stieg von 3259 020 auf 4250329 Stimmen, also um 991309, um rund eine Million! Dagegen fiel die Rechte, das heißt Konservative, Freikonservative, Antisemiten und Bund der Landwirte, von 2004 602 auf 1855946 Stimmen, also um 148656; ein Verlust, der in Wirklichkeit noch größer ist, da diesmal das Zentrum in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen schon im ersten Wahlgang den Kandidaten der Rechten, namentlich der Konservativen und Freikonservativen, seine Stimmen zuführte. Das Zentrum selbst sank von 2179743 auf 2035290, also um 144453 Stimmen. Rechnet man die Zahl der Zentrumsstimmen, die der Rechten, vereinzelt auch rechtsstehenden Nationalliberalen, zufielen, auf ungefähr 150000 — die Zentrumsprelle gibt allerdings die runde Summe von 200000 an —, so hat sich das Zentrum trotz der stark gestiegenen Wählerzahl nur knapp behauptet, ist mithin verhältnismäßig zurückgegangen. Rechte und Zentrum zusammengenommen haben 293109 Stimmen verloren. Dagegen weisen die Liberalen einen Zuwachs an Stimmen auf. Bei den Nationalliberalen beträgt er 45571, rechnet man ihnen den Deutschen Bauernbund zu, 74719, bei den Fortschrittlichen 294953. Doch ist bei diesen Zahlen zu bedenken, daß der Fortschritt 1907 in vielen Wahlkreisen im ersten Wahlgang für die Rechte stimmte, wobei er allerdings dafür in anderen Wahlkreisen wieder deren Stimmen erhielt. Ob dabei auf der liberalen Seite der größere Vorteil war, wäre noch zu untersuchen. Diesmal hat der Fortschritt mancherorts im ersten Wahlgang für Nationalliberale gestimmt, wofür ihn in anderen Wahlkreisen nationalliberale Stimmen zufielen. Es ist deshalb sehr schwer festzustellen, wie groß der tatsächliche fortschrittliche Stimmenzuwachs ist, bei den Nationalliberalen ist es sogar ziemlich zweifelhaft, ob bei der näheren Prüfung überhaupt einer bestehen bleibt. Einige liberale Blätter haben triumphierend festgestellt, daß die Rechte und das Zentrum, der schwarzblaue Block nur 3891236, die „Linke“ dagegen, wozu sie Sozialdemokratie und Liberale rechnen, 7510426 Stimmen habe. Diese Berechnung hat aber keinen großen Wert, da viele der nationalliberalen Kandidaten ihre Stimmen auf Grund eines hinlänglich reaktionären Programms erhielten, das sich von dem der Blauschwarzen nicht wesentlich unterschied.

Für die Beurteilung der Stellung, die die Sozialdemokratie erobert hat, kommt die Stärke der Wahlbeteiligung sehr in Betracht. Der Rückschlag von 1907, die Mandatsverluste bei der Hottentottenwahl waren nur möglich, weil die Gegner den Heerbann der früheren Nichtwähler, der Gleichgültigen auf die Beine zu bringen vermochten. Sieht man das Ergebnis des 12. Januar daraufhin an, so ergibt sich, daß den Gegnern ein so billiger Erfolg nicht wieder beschieden sein wird. Denn die Wahlbeteiligung ist auch diesmal groß und ist nur ganz unwesentlich zurückgeblieben hinter der von 1907, der höchsten, die jemals erreicht wurde. Den großen Sieg von 1903 ersocht die Sozialdemokratie bei einer Wahlbeteiligung von 75,8 Prozent, was damals schon als eine hohe Durchschnittsziffer erschien. 1907 aber stieg der Prozentfuß der Abstimmenden auf 84,7. Diesmal macht die Zahl der Wähler 84,5 Prozent der Wahlberechtigten aus. Selbst wenn also den Gegnern noch einmal ein zugkräftiger „nationaler“ Wahlschwundel mit der Losung „Das Vaterland in Gefahr“ gelänge, sie würden die Scharen der Gleichgültigen und Unausgeklärten nicht mehr vorfinden, die sie 1907 gegen die Sozialdemokraten aufzubieten vermochten. Die Aufklärung dieser Schicht, ihre Erfüllung mit politischem Interesse ist, wie damals vorausgesagt wurde, schließlich der Sozialdemokratie zugute gekommen. Sie steht in ihrer starken Stellung heute fester als je, und Bülow und seine Reichsverbändler haben 1907 mittelbar die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt!

H. P.

## Elise Schweichel zum Gedächtnis.

Nur wenige Monate sind ins Land gegangen, seit Elise Schweichel zu ihrem 80. Geburtstag herzliche Glückwünsche vieler Genossen und Genossinnen zuzogen, die auf dem Parteitag zu Jena versammelt waren.\* Die stets allzu Bescheidene nahm diese Ehrungen nur widerstrebend entgegen, als wären sie nicht von ihr verdient, weil sie nie in der Öffentlichkeit als Führerin und Agitatorin aufgetreten ist. Allein der Name Schweichel hat in der deutschen Arbeiterbewegung einen guten Klang, und welcher hervorragende Anteil Elise Schweichel an dem geistigen Ringen und Schaffen ihres Mannes zuzumachen, das wissen all die älteren Genossen, die in Robert Schweichel nicht nur den Dichter, sondern vor allem einen der edelsten Vorkämpfer des Proletariats geschätzt haben. Wohl hat es Elise Schweichel bis an ihr Ende als bitteren Schmerz empfunden, daß dem poetischen Wirken ihres Gatten verhältnismäßig geringe äußere Erfolge beschieden waren, während so manches Talment mit Vorbeeren befränzt wurde. Im Proletariat, für das Robert Schweichel gekämpft und gedichtet hat, kannte und würdigte ihn nur ein kleiner Kreis nach Verdienst. Die bürgerliche Kritik, die der hohe künstlerische Ernst seines Strebens anfänglich zur Anerkennung gezwungen hatte, verstummte ihm gegenüber schließlich ganz. Die offizielle Literaturgeschichte schwieg seinen Namen tot. Doch war Frau Elise eine zu feine und stolze Natur und viel zu innig mit den politischen und künstlerischen Idealen ihres Mannes verwachsen, als daß sie ihn jemals gedrängt hätte, dem launenhaft wechselnden Geschick der literarischen Mode irgendwelche Konzessionen zu machen. Sie war selbst schriftstellerisch befähigt. Die unter ihrem Mädchennamen erschienenen kleineren Erzählungen für den „Neue-Welt-Kalender“, die Romane „Dunkle Mächte“ (in der „Neuen Zeit“ erschienen) und „Vom Stamm gerissen“ (in „Vorwärts“ und in vielen Parteiblättern abgedruckt) sind von freier, geistiger Gesinnung durchglühete Schöpfungen einer reifen Erzählungskunst.

Als geistig ebenbürtige Genossin war Elise Schweichel mit dem Gatten zusammen alt geworden. Nach seinem vor fünf Jahren erfolgten Tode begann für die Witwe die Tragik des hohen Alters, um das es immer einsamer wird. Trotz ihrer großen Geistesgaben war es Elise Schweichel nicht gelungen, sich — dem Vorbild ihres Gatten folgend — zu voller innerer Harmonie durchzurufen. Man mußte das fein empfindende Herz dieser Frau sehr gut kennen, um sich von ihrem zuweilen herben und unzugänglichlichen Wesen nicht beirren zu lassen. Ihre einzige Schwester, dann Wilhelm und Natalie Liebknecht, Julie Veibel, sie alle, die in herzlicher Zuneigung jahrzehntelang mit ihr verbunden waren, starben vor der Greisin hinweg. Wohl hielt eine kleine Schar jüngerer Freunde und Freundinnen treu zu ihr, aber das Verlorene vermochten sie ihr nicht zu ersetzen. Sie war nun müde des Lebens, aus dem der Kinderlosen die Sonne des Glückes entschwunden war.

Vor Jahresfrist verunglückte unsere Genossin schwer. In ihrem bescheidenen Witwenstübchen im Hinterhaus einer Schöneberger Mietkaserne pflegte sie ein von Künstlerhand gemaltes Bildnis Robert Schweichels täglich selbst abzustauben. Dabei kam sie zu Fall und brach sich beide Arme. Hilflos lag sie Stunde um Stunde, bis Freunde, die sie besuchen wollten, sich mit Gewalt Einlaß verschafften. In übermächtiger Todessehnsucht wehrte sie sich lange wie eine Verzweifelte gegen die Bemühungen des Arztes und seiner Helfer. Endlich ergab sie sich in ihr Schicksal, und der gebrechliche Körper gesundete langsam noch einmal. Ihr leidenschaftliches Interesse für alle Vorgänge in der Politik lebte wieder auf. Bis zuletzt blieb sie die Feuerseele, der der Befreiungskampf des modernen Proletariats nicht schnell genug voranging, dessen erste bedeutende Anfänge sie noch bewußt miterlebt hatte. Wenn man zu ihr von den nun hinter uns liegenden Reichstags-

wahlen sprach, von den Siegen, die man erwartete, sagte die sonst so Lebensmüde wohl mit einem Aufblitzen der alten Energie: „Ja, das möchte ich doch noch erleben.“ Und sie hat mit unaussprechlicher Freude die glorreichen Siegestage noch gesehen, die der Sozialdemokratie 4¼ Millionen Stimmen und 110 Sitze im Reichstag brachten. Wenige Tage später begann die Flamme ihres Lebens allmählich zu erlöschen. Am 3. Februar 1912 starb Elise Schweichel; am 5. Februar gab ihr eine kleine Schar von Freunden das letzte Geleit nach dem von großstädtischer Unruhe umbrandeten Friedhof in Schöneberg. Auch Robert Schweichels sterbliche Reste wurden hier dem Schoße der Erde übergeben. Schlicht wie sie gelebt, ward Elise Schweichel bestattet.

Ehre dem Andenken dieser tapferen und aufrechten Frau! Dank ihr über das Grab hinaus für die Unbeugsamkeit und Treue der Gesinnung, worin sie uns alle Zeit vorbildlich sein soll!

M. Kt.

## Die braunschweigische Wahlreform.

In Braunschweig hat dieser Tage das Ministerium des Ländchens den Entwurf einer Reform des Landtagswahlrechtes veröffentlicht. Da in diesem Entwurf das Frauenwahlrecht mit keinem Worte erwähnt, nicht einmal zwischen den Zeilen auch nur angedeutet ist, könnte man die Frage aufwerfen, was denn die Frauen als solche für diese Wahlreform interessieren sollte. Die Frage wurde kürzlich auf der Redaktion des braunschweigischen „Volksfreundes“ von einer Arbeiterfrau sehr einfach und richtig beantwortet. Die Frau erschien weinend mit ihrem siebenjährigen Knaben, der wegen einer kleinen Unachtsamkeit von dem Lehrer in unmenschlicher Weise mißhandelt worden war. Der linke Oberschenkel des armen Kindes schillerte zwei Hand breit in allen Farben. Braun, blau, grün und gelb hatte der Kindererzieher dem kleinen Jungen im wahrsten Sinne des Wortes das Fell gegeben. „Beschwerden nutzen nichts“, meinte die Frau, „der Landtag hat sich ja selbst fürs Prüegeln erklärt, und die Minister haben beige stimmt. Da können die Lehrer so viel prüegeln, wie sie wollen.“ So ist es in der Tat. Der rückständige, aus der Dreiklassenwahl hervorgegangene braunschweigische Landtag hat vor einiger Zeit einstimmig die Regierung getadelt, weil ein Prüegelpädagoge wegen Schülermißhandlung zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Ein Landtagsabgeordneter, der Gymnasiallehrer ist, schnitt die Frage an und verlangte volle Prüegelfreiheit für die Lehrer. Es sei eine Schande, daß die törichten Eltern mit dem geprügelten Jungen zum Arzte gegangen seien, statt sich beim Lehrer für die Prüegeln zu bedanken. Ein anderer Landtagsabgeordneter und Menschenfreund, der den Titel Sanitätsrat führt, entschuldigte die Ärzte, die Zeugnisse über Prüegelwunden ausstellten. Er schickte die Leute fort und sagte ihnen, der Junge hätte noch viel mehr Prüegeln verdient! Auch wenn einmal ein Junge so verhalten worden sei, daß er acht Tage lang nicht sitzen konnte, so sei das keine gesundheitschädliche Mißhandlung; doch käme der Arzt schließlich nicht darum herum, ein Zeugnis über den Befund auszustellen. Ein ländlicher Abgeordneter pries die Prüegeln als die Grundlage der christlichen Weltanschauung und schloß seine Rede mit den Worten: „Der christliche Staat kann den Prüegeln nicht entbehren; Gott regiert die Welt und der Knüttel die Menschheit.“ Der weißhaarige Alterspräsident des Landtags, ein Großgrundbesitzer und Gemeindevorsteher, meinte, wenn ein Junge einmal so verprügelt werde, daß er acht Tage nicht sitzen könne, so schade das dem Jungen gar nichts, dann solle er eben acht Tage lang liegen. Zwei Sitzungen hindurch schwelgte der Landtag in rohester Prüegelnverherrlichung. Kein einziger der Abgeordneten redete der Menschlichkeit und Vernunft das Wort. Die Minister entschuldigten sich, daß sie gegen die Verurteilung des Prüegelpädagogen nichts hätten machen können. Sie hätten ihm aber ein Schreiben gesandt, in dem sie seine Verurteilung bedauerten und die Hoffnung aussprachen, daß er sich dadurch

\* Siehe auch den Artikel „Elise Schweichel“ in Nr. 25 der „Gleichheit“ vom Jahre 1911.

in der Wahrung strenger Schulzucht nicht beirren lassen würde. Ja, der damals neu eintretende Justizminister Wolff gab als erstes Wort im Landtag die Erklärung ab, daß er in der Frage der Prügel die Anschauung des Landtags teile. Da ist es also wahrhaftig nicht verwunderlich, daß im Herzogtum Braunschweig die Arbeiterkinder in der Schule unmenschlich verprügelt werden und die Arbeiterfrauen, wenn sie die schrecklichen Wundmale auf dem Körper ihrer Kinder sehen, die Faust gegen den Landtag ballen. Eindringlicher kann man die Frauen nicht auf die Politik hinweisen als durch die Mißhandlung ihrer Kinder.

Aber noch auf andere Weise hat der Landtag die Frauen gegen sich mobil gemacht. Als eine sozialdemokratische Petition das gleiche Landtagswahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts forderte, da konnten sich die Herren Landboten nicht genug tun in der Verhöhnung des Frauenwahlrechtes. Daß man auch noch den Frauen das Wahlrecht geben wolle, zeige so recht die Undurchführbarkeit und Überspanntheit der sozialdemokratischen Forderungen. Die Frau gehöre zum Strickstrumpf, hinter den Kochtopf und an das Waschfaß. Doch was konnte man auch von einem Landtag anders erwarten, der sich zu der Weltanschauung bekampt hatte: Gott regiert die Welt und der Knüppel die Menschheit?

An den Kämpfen, die von der Arbeiterschaft um das gleiche Landtagswahlrecht geführt wurden, haben die Frauen regen Anteil genommen. Sie liegen ja auch in ihren Organisationen, so namentlich im Verband der Hausangestellten, ständig im Krieg mit den rückschrittlichen braunschweigischen Behörden. Auch macht der Polizeisäbel vor dem weiblichen Geschlecht nicht Halt, wie das Wahlrecht. Einem alten Mütterchen, das sich an einer Demonstration gar nicht beteiligte, sondern still von der Arbeit ging, fuhr der Säbel sogar mitten in das Gesicht, eine klaffende Wunde hinterlassend. In den großen Demonstrationen waren die Frauen stets zahlreich vertreten. Und nur die Massentungebungen haben Regierung und Landtag gezwungen, endlich an eine Änderung des Landtagswahlrechts heranzutreten. Es wurde auch bei den Verhandlungen von Landtagsabgeordneten und Ministern offen eingestanden, daß lediglich die Angst vor der Sozialdemokratie die Wahlreform veranlaßt hat.

Wahlreform? Nein, eine Reform ist es gewiß nicht. Nicht bessern soll sie, sondern täuschen. Sie gibt dem Volke nichts, gar nichts, will aber den Anschein erwecken, als ob sie etwas gäbe. Bisher wurde der braunschweigische Landtag, wie der preussische, auf Grund des Dreiklassenystems gewählt. Die Wähler jedes Wahlbezirks sind in drei Abteilungen derart geteilt, daß auf jede Abteilung ein Drittel des Gesamtsteuerbetrags aller Wähler entfällt. Die erste Klasse der Wähler setzt sich aus den höchsten Steuerzahlern zusammen, die zweite Klasse besteht aus denen, die die nächst niedrigeren Steuerbeträge entrichten, und zu der dritten Klasse gehören die übrigen Wähler. An dieser Einteilung hält auch die Wahlreform fest. Auf Grund dieses Klassensystems gehören, in runden Zahlen ausgedrückt, in der Stadt Braunschweig zum Beispiel 100 Wähler der ersten, 1000 der zweiten und 10000 der dritten Klasse an. Die 100 der ersten Klasse wählten bisher ebensoviel Wahlmänner wie die 1000 der zweiten, diese wieder ebensoviel wie die 10000 der dritten. Die 1100 Wähler der ersten und zweiten Klasse wählten doppelt so viel Wahlmänner wie die 10000 Wähler der dritten Klasse. Die Wahlmänner wählten dann den Abgeordneten, so daß die erste und zweite Klasse mit ihren wenigen Wählern immer Herr über die vielen Wähler der dritten Klasse war. Die Wahlreform will die Klasseneinteilung nicht ändern, nur soll jede Klasse ihren Abgeordneten unmittelbar wählen.

Bisher wurden 30 Abgeordnete in den braunschweigischen Landtag gewählt. Die Wahlreform läßt 36 Abgeordnete durch die drei Wählerklassen wählen. Das Land wird in 12 Wahlkreisen eingeteilt. 3 Kreise erhält die Stadt Braunschweig, 3 die übrige städtische Bevölkerung und 6 das Land. In jedem Wahlkreis wird von jeder Klasse ein Abgeordneter gewählt.

In der Stadt Braunschweig wählen also die 10000 Wähler der dritten Klasse 3 Abgeordnete, während die 1100 der ersten und zweiten Klasse 6 wählen. Im ganzen Herzogtum darf die dritte Klasse nur 12 Abgeordnete wählen, während der ersten und zweiten Klasse 24 Abgeordnete zufallen. Nun sitzen aber im braunschweigischen Landtag noch 18 Abgeordnete, die von den bevorrechteten Berufsständen, den reichsten Großgrundbesitzern, den Großindustriellen, den hohen Beamten, der Geistlichkeit und den reichsten Rentnern gewählt werden. In der Bevorrechtung dieser Berufsstände hält die Wahlreform fest, so daß also zu den 24 Abgeordneten der ersten und zweiten Klasse, also zur Vertretung der Reichen und Reichsten, noch die 18 Berufsstandsvertreter stoßen. Der Geldsack hat seine 42 Mandate für alle Zeiten sicher und damit die Dreiviertelmehrheit über die 12 Mandate, die allergünstigsten Falles die Sozialdemokratie, die Vertreterin der Besitzlosen, erobern kann. Die Wahlreform läßt einige Sozialdemokraten in den Landtag, beschränkt aber ihre Zahl für alle Zeiten in einer solchen Weise, daß sie völlig einflußlos bleiben und stets überstimmt werden. Und, wenn sie dem Landtag mit Reden unbequem werden sollten, dann wirft er sie hinaus. In dem Wahlreformentwurf wird nämlich daran festgehalten, daß der Landtag Abgeordnete durch die Geschäftsordnung von den Verhandlungen ausschließen darf und daß diese Ausschließung den Verlust des Mandats zur Folge hat. Die Geldsackmehrheit kann also den sozialdemokratischen Abgeordneten jederzeit ihr Mandat rauben. Wie ungerecht die Beibehaltung der Klasseneinteilung ist, sieht man daraus, daß sie den Sozialdemokraten im allergünstigsten Falle nur 12 Mandate überläßt, während bei der Reichstagswahl von rund 99000 im Herzogtum Braunschweig abgegebenen Stimmen 48000, also beinahe die Hälfte, auf die Sozialdemokratie fielen. Die Sozialdemokratie kann also im besten Falle noch nicht einmal ein Viertel der Sitze im Landtag erobern, während sie auf Grund ihrer Stimmenzahl die Hälfte aller Mandate zu beanspruchen hätte. Man kann mithin nicht von einer Wahlreform sprechen, sondern nur von der Festlegung eines Wahlrechtsraubs unter der Maske einer Wahlreform.

Dazu kommen noch Verschlechterungen des bisherigen Wahlrechts, von denen hier nur die Einführung einer dreijährigen Wartezeit erwähnt sei. Bisher konnte man die Bedingungen der Wahlberechtigung in einem Jahre erfüllen, jetzt wird neben dem Besitz der Staatsangehörigkeit ein mindestens dreijähriger ununterbrochener Aufenthalt im Herzogtum verlangt. Daß damit vornehmlich die fluktuierende Arbeiterschaft getroffen wird, liegt auf der Hand. Geringere erhalten die Staats-, Kirchen-, Schul- und Gemeindebeamten, also Polizist, Küster, Schuldiener, Nachtwächter und Gemeindebedienten, als Respektspersonen das Wahlrecht schon nach einjährigem Aufenthalt. Die Wahlreform schafft also eine neue Sorte von Einjährigen. Während die Haustiere gewissermaßen mitzählen, da ein großer Viehbestand dem Bauer in eine höhere Klasse bringt, in der er mehr Stimmrecht hat, sind die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Mit 25 Jahren kann man in den Reichstag gewählt werden, man muß aber das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben, um der Ehren eines braunschweigischen Landtagsabgeordneten teilhaftig werden zu können. Warum man nicht gleich die Erreichung des Schwabenalters zur Voraussetzung der Wählbarkeit macht, ist eigentlich unerklärlich.

Die Wahlreform hält an der Einrichtung der Bevorrechtung der bestverdienenden Berufsstände fest, die also ihr doppeltes Wahlrecht behalten. Sie wählen in der ersten oder zweiten Klasse bei der allgemeinen Wahl und wählen dann noch einmal ihre besonderen Berufsstandsvertreter. Die Wahlreform hat indessen den reichsten Rentnern die 5 Berufsstandsvertreter abgenommen und diese den übrigen bevorrechteten Berufsständen zugeteilt. Die reichsten Rentner wählten ja in der ersten Klasse und seien damit gerade genug bevorrechtet. Daß das auch für alle übrigen Bevorrechteten gilt, ist der Regierung nicht klar geworden. Die 18 Berufsstandsvertreter verteilen sich jetzt folgendermaßen: 6 Vertreter des



Großgrundbesitzer, 4 Vertreter der Großindustriellen, 6 Vertreter der hohen Beamten und 2 Vertreter der evangelischen Geistlichkeit. Bei dieser „Reform“ der Berufsvertreter auch an eine Vertretung der Handwerker, Unterbeamten, Kleinbauern, Arbeiter usw. zu denken, ist der Regierung nicht eingefallen. Sie hat ängstlich alles vermieden, was der Wahlreform den Charakter eines reaktionären Nachwerkes hätte nehmen können. In einer der Wahlreform beigegebenen Denkschrift begründet die Regierung die Beibehaltung der Berufsstandsvertretung damit, daß diese das fehlende Herrenhaus ersetze. Andere Staaten wären froh, wenn sie kein Herrenhaus hätten, Braunschweig schafft sich einen Ersatz dafür. „Der fehlende Kesselstein ist sofort zu beschaffen“, schrieb jener Landrat unter den Bericht des Fabrikinspektors, der in den Dampfkesseln einer Fabrik keinen Kesselstein gefunden hatte.

Im übrigen sucht die Denkschrift es so darzustellen, als ob die Bevölkerung Braunschweigs nur über die indirekte Wahl mißgestimmt sei und nur die direkte Wahl fordere. Es ist natürlich ganz anders. Die Hauptsache ist die gleiche Wahl. Die Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems wird zu allererst verlangt. Wenn die Regierung die Hauptsache als Nebensache hinstellt und die Nebensache zur Hauptsache macht, so ist das ein alter abgebrauchter Demagogentrick, der ihr aber nichts hilft, weil er gar zu leicht zu durchschauen ist. Die Wahlreform wird von dem Landtag ziemlich unbesehen angenommen werden. Das Proletariat aber wird den Wahlkampf mit verdoppelter Energie weiter führen. Der Regierung scheint das ihr schlechtes Gewissen bereits gesagt zu haben. Denn sie hat in den Etat eine Verstärkung der Polizei und die Errichtung einer berittenen Polizeitruppe eingesetzt mit dem Hinweis auf zu erwartende Straßendemonstrationen.

Richard Wagner.

## Frauenkonferenzen in Oesterreich.

I. K. Die österreichischen Genossinnen sind an der Arbeit, die Beschlüsse der Innsbrucker Frauenkonferenz durchzuführen. Es fanden seither schon vier Frauendestkonferenzen und eine Frauendestkonferenz statt. Zuerst tagte am 28. November die Kreiskonferenz der Genossinnen von Reichenberg, deren Organisation im ganzen Gebiet eine glänzende Entwicklung nimmt. Die Organisierung der Genossinnen vollzieht sich hier im Rahmen der Lokalorganisationen. Die Genossinnen bilden dort besondere Sektionen und halten ihre eigenen Versammlungen ab, die jedoch von der Lokalorganisation beschlossen und materiell ermöglicht werden. Die Frauen führen keine eigene Klasse, sondern entrichten ihre Beiträge an die Lokalorganisation; nur die Höhe ihrer Beiträge bestimmen sie selbst. So entschied die Kreiskonferenz, die monatlichen Beiträge der Genossinnen zu erhöhen, um den in Innsbruck beschlossenen Wahlfonds einführen zu können. Die Zahl der organisierten Genossinnen ist im Reichenberger Kreise von 438 im Jahre 1910 auf über 1000 im Jahre 1911 gestiegen. Für Steiermark, wo die Konferenz am 8. Dezember tagte, konnte berichtet werden, daß die Zahl der politisch organisierten Frauen von 500 auf 1080 gestiegen ist. Auch hier wurde beschlossen, den Wahlfonds einzuführen und zu diesem Zwecke eine Beitragserhöhung von 84 auf 40 und von 14 auf 20 Heller monatlich eintreten zu lassen. In Oberösterreich fand die Konferenz der Genossinnen am 18. Dezember statt. Trotz schwierigster Verhältnisse hat hier die Organisation der Genossinnen ebenfalls nennenswerte Fortschritte gemacht. Die Erhöhung der Beiträge zugunsten des Wahlfonds wurde auch von dieser Konferenz beschlossen. Überall arbeiten die Genossinnen mit großem Opfermut an der politischen Organisierung der Frauen, stets bemüht, das Heer der sozialdemokratischen Streiterinnen zu vermehren. Am 1. Februar tagte die Konferenz für Niederösterreich. Im Parteihaus, in dem auch die „Arbeiterinnen-Zeitung“ und das Frauendestkomitee ihren Sitz haben, kamen die Genossinnen zusammen. Obwohl die Tagung auf einen Wochentag fiel, war sie äußerst zahlreich besetzt. 69 Genossinnen nahmen an ihr teil, davon waren 19 aus Provinzorten und 11 von gewerkschaftlichen Zentralverbänden delegiert. Die Reichs- und Landesparteivertretung und die Landtagsfraktion sowie die Gewerkschaftskommission waren vertreten. Die Berichte wurden von den Genossinnen Pöfzer und Probst erstattet. Sie zeigten das erfreuliche Resultat, daß im Berichtsjahr 10 neue politische Frauenorganisationen gegründet worden

sind und daß die Zahl der politisch organisierten Frauen von insgesamt 3338 auf 4879 gestiegen ist. Die Frage der Beitragserhöhung führte zu einer umfangreichen Debatte, doch wurde schließlich mit großer Majorität beschlossen, einen monatlichen Beitrag von 40 Heller (bisher 30, 32 und 36 Heller) für nur politisch organisierte Frauen einzuführen, und von 20 Heller (statt 10 Heller) für gewerkschaftlich und politisch organisierte Mitglieder. 4 Heller von der Beitragserhöhung werden dem Wahlfonds zugeführt. Die Konferenz bestimmte des weiteren, daß anfangs März die schon früher beschlossene Aktion gegen den § 30 des Vereinsgesetzes erfolgen soll. Das Datum des Frauentags wird im Einvernehmen mit den deutschen Genossinnen endgültig festgesetzt, da die Genossinnen Österreichs Wert darauf legen, mit ihren Schwestern im Reiche gemeinsam für die vollen Bürgerrechte des weiblichen Geschlechts zu demonstrieren.

Der Delegierte der Parteivertretung, Genosse Binarshy, hielt ein Referat über die kommenden Gemeinderatswahlen in Wien. Er besprach dabei auch den Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion im Wiener Gemeinderat eingebracht hat, um die Änderung der Wahlordnung durch Einführung des Proporzsystems herbeizuführen. Unter den Genossinnen war vielfach die Meinung verbreitet, daß die Fraktion es bei dieser Gelegenheit unterlassen habe, das Frauenwahlrecht zu fordern. Genosse Binarshy erklärte dazu, daß es sich bei diesem Antrag darum gehandelt habe, die Christlichsozialen vor die Frage zu stellen, ob sie bereit seien, auch nur jene Forderungen zu verwirklichen, die sie selbst als Punkte ihres Programmes proklamiert hätten. Genosse Binarshy verwies darauf, daß die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion bereits früher einen Wahlrechtsantrag eingebracht hat, in welchem ausdrücklich das Frauenwahlrecht verlangt wird. Am 31. Januar hat sie diesen Antrag im Gemeinderat als dringlich gestellt und dabei ausdrücklich betont, daß die Sozialdemokratie das kommunale Wahlrecht für alle Männer und Frauen fordere, die in der Gemeinde wohnen und 21 Jahre zählen. Es wurde beschlossen, daß die Genossinnen bei den kommenden Gemeinderatswahlen in eine lebhafte Agitation eintreten und in allen Versammlungen nachstehende Resolution einbringen sollen:

„Die Frauen der arbeitenden Klassen in Österreich, die die doppelt so große Bürde der Lohnarbeit und der Hauswirtschaft zu tragen haben, erheben Protest, daß sie nur als gleichberechtigt gelten, wenn die Lasten aufgeteilt werden, daß sie aber als minderwertige behandelt werden, wenn Rechte verliehen werden. Die Frauen der arbeitenden Klassen protestieren, daß sie zwar in der Gemeinde wie im Staate alle Steuern entrichten müssen, Lebensmittel-, Verzehrungs- und Hauszinssteuern, ebenso wie Einkommen- und Erwerbsteuer, daß sie aber von der Verwaltung und Mitberatung in der Gemeinde ausgeschlossen sind.“

Die Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindebürgerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, fordern, daß ihnen auch ihr volles Recht eingeräumt werde. Die Frauen der arbeitenden Klassen verlangen das Wahlrecht für die Frauen in der Gemeinde wie in Staat und Land, und erklären, mit allen Mitteln tätig zu sein, daß nur Männer in den Gemeinderat gewählt werden, die bereit sind, mit allem Nachdruck für das gleiche und allgemeine, aktive und passive Wahlrecht der Frauen einzutreten.“

Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß am 3. März anlässlich des 20-jährigen Bestehens der „Arbeiterinnen-Zeitung“ ein großes Arbeiterinnenfest stattfinden werde, und daß ein Gedenkbuch der österreichischen Arbeiterinnenbewegung im Erscheinen begriffen sei, an dem alle Genossinnen mitarbeiten, die auch schon vor 20 Jahren in der Bewegung tätig waren. Alles in allem verlief die Konferenz sehr schön und hat alle Teilnehmerinnen hoch befriedigt.

a. p.

## Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Reichstagswahl und Sozialdemokratie“ lautete das Thema, das die Unterzeichnete in Versammlungen behandelte, die auf Veranlassung des Wahlkomitees für die Provinz Brandenburg, für den ersten weimariischen und den zweiten anhaltinischen Wahlkreis in den folgenden Orten stattfanden: Granze und Freie Scholle in der Provinz Brandenburg; Frose und Heddingen in Anhalt; Apolda, Flurstedt, Gebstedt, Herresen, Mattstedt, Rauendorf, Niederroßla, Niedertreba, Oberndorf, Oberroßla und Rohrbach im weimariischen Land. Die Versammlungen waren gut besucht, zum Teil sogar überfüllt, und das trotz der ungünstigen Witterung und obgleich viele Teilnehmer weite Wege bis zum Lokal zurücklegen mußten. Die Ausführungen der Referentin über die Taten des letzten Reichstags

waren den anwesenden Gegnern natürlich nicht angenehm. Dafür zeugte am deutlichsten der Verlauf der Versammlung in Gehstedt. Agrarier mit einem Landbesitz von über 100 Hektar versuchten durch allerhand Zwischenrufe die Versammlung zu stören, aber ihre Plegeleien hatten nicht den gewünschten Erfolg. Als sie den vorzeitigen Schluß der Versammlung erzwingen wollten, ließ die Referentin ihnen eine derartige Abfuhr zuteil werden, daß sie vor Wut mit erhobenen Krüdstock auf sie eindringen und erklärten, von einer Frau ließen sie sich überhaupt nichts sagen. Die meisten Anwesenden brachten jedoch zum Ausdruck, daß sie das Referat zu Ende hören wollten. So schloß die Versammlung erst nach vierstündiger Dauer, und auch die skandalisierenden Herren hörten bis zuletzt zu, wenn gleich sie vorher erklärt hatten, keine Zeit zu haben. Die Herren mußten sich nun mit noch Ärgerem abfinden: daß jetzt über ihren Wahlkreisen das rote Banner weht.

Berta Lungwih.

Die Reichstagswahlbewegung in Chemnitz setzte mit neun großen Volksversammlungen ein, die zu dem Thema Stellung nahmen: „Die Teuerung und die herrschenden Klassen.“ Die Versammlungen, die auch von Frauen stark besucht waren, waren so überfüllt, daß eine regelrechte Agitation unmißgänglich war. Dafür erzielten die Genossinnen im Januar gute Erfolge in drei Frauen- und Wählerversammlungen, in denen Genossin Schlomer-Lübeck wirkungsvoll über „Die Frauen im Reichstagswahlkampf“ sprach. Trotz des sehr schlechten Wetters waren die Säle überfüllt, die Frauen befundeten durch ihr massenhaftes Erscheinen und ihren Beifall das regste Interesse an dem Wahlkampf. Es wurden über hundert „Gleichheits“leserinnen und eine Anzahl weiblicher Parteimitglieder gewonnen. Am Wahltag selbst ward der Tätigkeitsdrang der Genossinnen nicht gestillt. Die Gegner machten uns wenig Arbeit, und die Zahl der Genossen, die helfen wollten, war schon ohne die Genossinnen zu groß. So brachten einzelne Genossinnen ihre Teilnahme an der Wahl dadurch zum Ausdruck, daß sie die Zettelverteiler — zum Teil auch die gegnerischen — mit heißem Kaffee und Stollen bewirteten, was diese bei der strengen Kälte mit großer Freude aufnahmen. Jetzt nach der Wahl wollen wir eine Hausagitation zur Werbung weiblicher Mitglieder vornehmen. Der große Sieg der Partei ist uns ein Ansporn zu verdoppelter Tätigkeit, die uns zu immer größeren Siegen führen soll.

M. Schlag.

Am 10. Januar fand in Solingen eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Agnes-Düsseldorf über das Thema referierte: „Die Frauen und die Reichstagswahl.“ Die Versammlung zeigte, daß die proletarischen Frauen im Wahlkreis Solingen für den Reichstagswahlkampf starkes Interesse hatten. Der große Saal des Gewerkschaftshauses und ein anschließender kleinerer waren bis auf den letzten Platz besetzt. Genossin Agnes wurde in ihrem Vortrag oft von stützmäßigem Beifall unterbrochen. 12 neue Mitglieder gewann die Parteioorganisation an dem Abend. Wir sprechen an dieser Stelle den Wunsch aus, daß die Frauen so zahlreich wie in dieser öffentlichen Veranstaltung auch in den Mitgliederversammlungen erscheinen mögen, in denen keine auswärtige Referentin spricht.

Sophie Christmann.

**Von der Wahlarbeit der Genossinnen im neunten hannoverschen Wahlkreis.** Nach fast vierzigjährigem Ringen ist es der Sozialdemokratie gelungen, den neunten hannoverschen Reichstagswahlkreis, eine Hochburg der Nationalliberalen, zu erobern. Es war ein harter Kampf, und er hat den Genossinnen und Genossen manche harte Stunde gebracht. Den Gegnern war es etwas Neues, daß die Frauen bei der Wahlarbeit halfen. Beim Flugblattverbreiten auf den Dörfern wurde ich zuerst mit Gelächter und Verhöhnungen empfangen. Als die Gegner aber die Ausdauer der Genossinnen sahen, nahmen sie uns schon etwas höflicher auf — allerdings mit Ausnahmen. So zum Beispiel verteilte ich am Tage vor der Stichwahl in dem Dorfe Amelgagen Flugblätter und Stimmgeldchen. Eine der Dorfgrößen konnte es nicht übers Herz bringen, mich ungeschoren zu lassen. Als ich dem Herrn ein Flugblatt und einen Stimmgeldchen anbot, herrschte er mich an: „Machen Sie, daß Sie mit Ihrem Mist von meinem Hofe kommen.“ Auf meine Entgegnung, daß das doch nicht sein Ernst sei, ergrieff er eine Peitsche und bedrohte mich mit Schlägen; nur meiner Ruhe ist es zu verdanken, daß kein Unheil geschah. Ob die Gegner wirklich glauben, durch solche Mittel die proletarischen Frauen von der Agitation abzuhalten? Auch an den Wahltagen spotteten die Gegner über die Mitarbeit der Genossinnen und äußerten vielfach noch die altbackene Ansicht, daß die Frauen im politischen Leben nichts zu suchen hätten, sondern sich mehr um den Haushalt kümmern sollten. Wie erfolglos ihr Bemühen war, die sozialdemokratischen Frauen von der Wahlarbeit zurückzuführen, zeigte der Umstand, daß sich an den beiden Wahltagen eine Anzahl Genossinnen zum Stimmgeldchenverteiler einfand. Auch bei der Verkündung der Wahl-

ergebnisse waren sehr viele Frauen anwesend. Es ist jetzt die Pflicht der Genossinnen und Genossen, die freudige Kampfes- und Siegesstimmung nicht ungenutzt verfliegen zu lassen, damit die Organisation in Gabeln sich festigt und ausbreitet. Wir dürfen nicht auf den Lorbeeren des Sieges ausruhen, sondern müssen die neu gewonnenen Mitstreiter schulen und neue Mitkämpfer und -Kämpferinnen gewinnen.

Rosa Helfers.

**Ewald Buchheim** †. Ein Genosse, der seit mehr als drei Jahrzehnten in treuer Arbeit dem Befreiungskampf des Proletariats gedient hat, ist am 3. Februar in Stuttgart unerwartet schnell einem tödlichen Leiden erlegen: Ewald Buchheim. Genosse Buchheim entstammte den Kreisen der unteren Postbeamten, wo Sorgen und Entbehren zur „handesgemäßen“ Existenz gehört. 1872 kam er, kaum der Schule entwachsen, als Ausläufer in die Volksbuchhandlung, welche von der jungen sozialdemokratischen Partei in den siebziger Jahren in Leipzig gegründet worden war. Die Intelligenz und der Eifer des anstehenden Büchschleins fielen dem kundigen Blick unseres Julius Motteler auf, der damals die Volksbuchhandlung leitete. Der spätere „rote Postmeister“ nahm sich Buchheims an und bildete ihn zum Kaufmann und Buchhändler aus. Die Stürme des Sozialistengesetzes vernichteten das Leipziger Parteigeschäft, und als der aus Hamburg ausgewiesene Genosse Diez 1881 daran ging, aus seinen Trümmern in Stuttgart Buchhandlung und Druckerei neu aufzubauen, siedelte auch Genosse Buchheim nach dort über. Er wurde der Leiter der buchhändlerischen Abteilung des Geschäfts und hat in diesem seinen Wirkungskreis redlich sein Bestes für die Ausdehnung des Verlags getan, der wie kein zweiter in der Partei die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus gefördert und popularisiert unter die Massen getragen hat. Als Leiter der buchhändlerischen Abteilung hat Genosse Buchheim länger als zwei Jahrzehnte dem Versand der „Gleichheit“ vorgestanden, von der Zeit an, wo sie als kleines Blatt in wenigen Tausenden von Exemplaren hinausging, bis heute, wo ihre Auflage von fast 100000 der Stolz der Genossinnen ist. Gründliche berufliche Sachkenntnis und mander wertvolle praktische Rat seinerseits haben die Verbreitung der Zeitschrift gefördert. Es versteht sich, daß sich Buchheim schon früh zu einem durchgebildeten, überzeugten Sozialdemokraten entwickelt hatte. Er stand lange Jahre mit im Vordertreffen unseres Kampfes und wurde wieder und wieder auf Ehrenposten gestellt, bis ihn Krankheit zur Schonung zwang. Wo immer er wirkte, da gab er schlicht und zuverlässig sein Bestes in dem frohen Bewußtsein, daß auch die wenig nach außen tretende Arbeit ein notwendiges Glied in der Kette des Kampfes ist, der das Proletariat seiner Befreiung entgegenführt. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben.

## Politische Rundschau.

Der Kaiser hat den Reichstag am 7. Februar im Schlosse mit einer Thronrede eröffnet. In dieser kündigte er außer den Rüstungsvorlagen und den dazu gehörigen Steuerforderungen nur noch einen Gesetzentwurf über die Staatszugehörigkeit an und unterstrich dadurch kräftig die Tatsache, daß der neue Reichstag vor allem Bewilligungsmaschine für den Imperialismus sein soll. Und sicherlich werden sämtliche bürgerlichen Parteien dieser Aufgabe bereitwilligst all ihre Kräfte leihen. Die Weltmachtpolitik ist der Boden, auf dem sich die bürgerlichen Parteien zuerst finden werden, um einen einheitlichen Block gegen die Sozialdemokratie zu bilden.

So worckarg die Thronrede im übrigen in bezug auf die Gesetzentwürfe ist, die dem Parlament unterbreitet werden sollen, so reich ist sie an allgemeineren Ausführungen über die Absichten der Reichsregierung. Sie laufen alle auf den einen, für die verprügelten Junier und Zentrumsmänner tröstlichen Satz hinaus: Wir machen keine Zugeständnisse an den Volkswillen, wir pfeifen auf das Wahlergebnis! So versichert der Kaiser, daß „die Grundlagen unserer Zollpolitik auch künftig nicht verlassen“ werden, das heißt, daß die Raubzollpolitik weitergeführt werden wird. Und gleich im Eingang seiner Rede betont er, das Ziel seines Handelns sei, „das feste Gefüge des Reiches und staatlicher Ordnung unverfehrt zu erhalten“. Das soll wohl eine Warnung für die Sozialdemokratie und eine Veruhigung für den Bürgermann sein, dem die sozialdemokratischen Siege Alpdrücken bereiten. Vielleicht verbirgt sich auch die Ankündigung einer Zuchttausbildung, eines Gesetzentwurfes zur Erdoberflutung des Koalitionsrechts hinter diesen Worten. Das werden wir ja bald wissen. Vorerst wissen wir, daß die Regierung sich weigert, aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen zu lernen, wie wir's nicht anders erwartet haben. So schnell geben herrschende Klassen und ihre Vertretungen ihre Stellung nicht auf. Die Regierung hat um so weniger Veranlassung dazu, als sie die besten Hoffnungen hat, aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen eine Mehrheit zu bilden,

die an rückschrittlicher Gesinnung hinter dem blaueschwarzen Block kaum zurückstehen wird. Herr Wassermann, der bisherige Führer der Nationalliberalen, mag ja notgedrungen eine mehr liberale Stellung für seine Partei vorziehen, es ist aber kaum anzunehmen, daß er dabei dauernd die Gefolgschaft seiner ganzen Fraktion hinter sich haben wird. Jedenfalls wird seine Partei in vielen entscheidenden Fragen mindestens so viel Reaktionäre stellen, als notwendig sind, um die von den liberalen Blättern gewaltig gefeierte „Mehrheit der Linken“ in eine Minderheit zu verwandeln. Die Haltung der Nationalliberalen bei der Komödie der Wahl des Reichstagspräsidenten spricht ja dafür. Die Thronrede behauptet, daß die soziale Fürsorge in der Reichsgesetzgebung einen hervorragenden Platz einnimmt. Wie sie die soziale Fürsorge aber verstanden wissen will, sagt sie dann mit dankenswerter Deutlichkeit, indem sie die arbeitserfreundliche Reichsversicherungsordnung als Muster aufstellt. „Der selbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen ist, muß auch fernerhin walten.“ Das Proletariat Deutschlands bedankt sich für diesen „sozialen Geist“. Wenn aber dann in der Rede die Worte folgen: „Denn die Entwicklung steht nicht still“, so ist das eine Phrase, der der wahre Sinn der ganzen Rede ins Gesicht schlägt.

Was soll man aber zu der kühnen Behauptung sagen, „die Finanzen des Reiches haben festen Halt gewonnen“? Sieht doch der Reichsetat, der eben vorgelegt wird, auch diesmal eine Anleihe vor, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Sie belaufen sich auf 1847,2 Millionen Mark, wenn man die bloß durchlaufenden Posten streicht — der offizielle Etat, der alle diese Posten mit aufrechnet, schließt mit 2819,3 Millionen Mark ab. 48 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark müssen gepumpt werden, um den Fehlbetrag zu decken. Die Schuldentilgung aber, die bei der Reichsfinanzreform großspurig gegliedert festgelegt wurde, wird zurückgestellt. Den Betrag, der dafür verwendet werden müßte, gebraucht man, um den neuen Anleihebetrag niedriger zu halten. Man könnte also die alten Schulden nur dann tilgen, wenn man auf der anderen Seite neue macht!

Wo aber das viele Geld bleibt, das durch indirekte Steuern und Zölle aus der großen, nichts besitzenden Mehrheit des deutschen Volkes herausgepreßt wird, das zeigt ein Blick auf den Etat. Von den 1847 Millionen Mark Nettoeinnahmen des Reiches gehen volle 1675 Millionen Mark für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik drauf. Und zwar werden ausgegeben für das Heer 874,5 Millionen Mark, für die Marine 448,5 Millionen Mark, für die Pensionen der Militär- und Marinepersonen und Beamten 140 Millionen Mark, für die Verzinsung der dem Militarismus zu verdankenden Reichsschuld 186 Millionen Mark und als Reichszuschuß für die Kolonien 26 Millionen Mark. Der Militarismus frisst also mehr als neun Zehntel aller Reichseinnahmen — für andere Zwecke bleiben ganze 172 Millionen Mark übrig. Und dabei kündigt der Kaiser neue Militär- und Marinevorlagen an, und diese werden nach verschiedenen Mitteilungen sehr erhebliche Ausgaben verursachen. Die „Braunschweiger Landeszeitung“ nannte dafür 160 bis 170 Millionen Mark jährliche Ausgaben. Auf diese Weise befestigt man in Deutschland die Finanzen!

Die Thronrede verheißt denn auch zur Deckung der Kosten der Rüstungsverstärkung neue Steuern. Wie sie aussehen werden, das wurde verschwiegen. Doch haben die der Regierung nahestehenden Organe in der letzten Zeit erklären müssen, daß weder eine Reichseinkommen- noch eine Reichsvermögenssteuer noch eine Dividenden- oder Couponsteuer oder ähnliches geplant sei. Die Presse der Junker ist natürlich mit der Abweisung der Einkommen- und Vermögenssteuer ganz einverstanden, erhebt sich aber um so mehr über die Verwerfung der Dividendensteuer, deren bloßes Gerücht die Börsenleute in große Aufregung versetzt hatte. Die Großgrundbesitzer fürchten, daß die Regierung in ihrer Verlegenheit auf die Erbschaftsteuer zurückgreifen wird. Und die trifft unglücklichweise auch den großen Grundbesitz und macht für die Junker vor allem die Steuerhinterziehung schwieriger, während die Dividendensteuer mehr auf Kosten der Industriellen und Geldleute gehen würde. Sehr bezeichnend ist es, daß, einer Meldung der „Straßburger Post“ zufolge, der Reichskanzler zurzeit erwägt, ob er sich bei der Einbringung der Erbschaftsteuer nicht im Hintergrunde halten soll, um die in ihren heiligsten Portemonnaieinteressen verletzten Junker nicht noch mehr zu reizen. Die Regierung braucht zwar die Erbschaftsteuer notwendig. Aber sie würde es den Liberalen gern überlassen, diese Steuer in die Deckungsvorlagen einzustellen, um den Haß der Heubehrand und Ortel auf die liberalen Häupter abzuleiten. Natürlich denkt die Regierung nicht daran, die ganzen Kosten durch allgemeine Besitzsteuer aufzubringen. Sie sieht daneben noch andere Steuern vor, so eine Steuer für Hotels und Gastwirtschaften. Also neue Belastung eines einzelnen Gewerbes, nur damit die Junker möglichst geschont werden. Ob nicht auch noch neue Steuern auf Bedürfnisse der großen

Masse der Besitzlosen geplant sind. Auf alle Fälle ist wieder einmal erwiesen, wie verlogen die Versicherungen der Regierung während des Wahlkampfes sind. Denn da hieß es, es seien keine neue Steuern in Aussicht genommen.

Die Reaktionäre, vor allem die Junker, sind wegen des Wahlausfalls nicht schlecht erbozt auf die Regierung. Diese hat es nach ihrer Meinung an Wahlschwindel und Einschüchterung der Beamten zu ihren Gunsten fehlen lassen. Vergebens, daß Bethmann auf seine wirklich ansehnlichen Leistungen in dieser Beziehung hinwies, wie zum Beispiel auf die amtliche Veröffentlichung des rosig gefärbten Etatsauszugs, der den Wählern völlige Festigung der Reichsfinanzen vorkaufte. Den Junkern genügt das nicht. Ihre Blätter sagen dem Kanzler unverblümt, daß sie ihm einen großen Teil der Schuld an den Brügeln beimesen, die sie am 12. Januar erhielten. Und im preussischen Dreiklassenhaus hat es der konservative Redner v. Hennig nicht minder deutlich gesagt und hat heftig nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie geschrien. Und wenn ein Berliner liberales Blatt recht hat, so hat sich Bethmann bereits bemüht, diesen Wunsch zu erfüllen. Das Blatt behauptet nämlich, daß die Vertreter mehrerer norddeutscher Staaten im Bundesrat ein Gesetz zur Beschränkung des Koalitionsrechts gefordert haben. Die süddeutschen Staaten aber hätten abgelehnt, sie wollten nur Schutz der Arbeitswilligen gegen „terroristische Ausschreitungen“. Das heißt also auch die letzteren werden einer Einschränkung des Koalitionsrechtes zustimmen, wenn diese auch auf Umwegen erzielt werden soll, und die Arbeiterklasse hat sich auf eine kleine, harmlos etikettierte Fuchthausvorlage gefaßt zu machen.

Bei der Präsidentschaftswahl im Reichstag ist zum erstenmal ein Sozialdemokrat als Vizepräsident gewählt worden. Allerdings hat sich der Liberalismus erst ermannt, für unseren Genossen Scheidemann als ersten Vizepräsidenten zu stimmen, nachdem infolge national-liberaler Jaghaftigkeit der Posten des ersten Präsidenten mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn besetzt worden war. Hätte die nationalliberale Fraktion sich gleich von Anfang an entschließen können, der Sozialdemokratie den Posten des ersten Vizepräsidenten ohne Bedingungen zuzugestehen, so hätte sie den Präsidentenposten haben können und hätte sich nicht mit dem des zweiten Vizepräsidenten begnügen müssen. Die Sozialdemokratie aber hat den Posten des ersten Vizepräsidenten erhalten, ohne sich irgend etwas zu vergeben. Der sozialdemokratische Vizepräsident wird lediglich die staatsrechtlichen Verpflichtungen seines Amtes erfüllen. Die feste Haltung der Sozialdemokratie hat die Liberalen dazu gebracht, die Zusage der Sozialdemokratie fallen zu lassen, sie sollte sich auf die Beteiligung des Präsidiumsmitglied am Hofgang verpflichten. Auf den Posten des ersten Präsidenten hatte die Sozialdemokratie ursprünglich keinen Anspruch erhoben, da ihr im Reichstag bei den meisten Gelegenheiten eine geschlossene bürgerliche Mehrheit gegenübersteht. Als jedoch ihr Anspruch auf den Vizepräsidentenposten nur von den Fortschrittlichen, nicht aber von den Nationalliberalen ohne jede Bedingung anerkannt wurde, stellte die Sozialdemokratie doch den Genossen Bebel als Kandidaten für den Präsidentenposten auf. Und es fehlten schließlich im dritten Wahlgang nur wenige Stimmen daran, daß Bebel über Spahn triumphiert hätte. Scheidemann ist dann mit den Stimmen der Fortschrittlichen und eines Teiles der Nationalliberalen gewählt worden. Große praktische Bedeutung hat die Besetzung des Vizepräsidentenpostens nicht. Der Zentrumsmann Spahn, der nur mit 198 Stimmen gewählt wurde, hat inzwischen schon sein Amt niedergelegt, weil er das Wadlige seiner Stellung eingesehen hat. Die Nationalliberalen haben bereits Angst vor ihrem eigenen Mut bekommen und wollen nicht in einem Präsidium vertreten sein, das nur von der Linken gebildet ist. Pasche, der zweite Vizepräsident, ist zurückgetreten. „Die Mehrheit der Linken“ geht bereits in die Brüche.

Die Reaktion gebärdet sich zurzeit etwas trugig, als wollte sie damit den Eindruck der sozialdemokratischen Siege verwischen. Die preussische Thronrede schwieg von der einst feierlich verheißenen Wahlreform völlig, und im Landtag erklärte der Polizeiminister, daß die Regierung sie erst dann einbringen werde, wenn sich die bürgerlichen Parteien mehr genähert hätten. Das ist, da die Junker gegen jede Änderung des schändlichen Dreiklassensystems sind, eine Verschiebung auf unabsehbare Zeit, die sich die Sozialdemokratie allerdings nicht stillschweigend gefallen lassen wird. Der preussische Wahlrechtskampf wird mit erneuter Wucht einsetzen müssen. In Anhalt, Braunschweig und Schwarzburg-Sonderhausen gibt es dagegen Wahlreformen, aber sie sind auch danach. Mit Pluralwahlrecht, Dreiklassenwahlrecht verknüpft mit Berufsvertretern und ähnlichem bleiben die Bevölkerungen dieser Staaten beglückt. In Baden, dem Lande des Großbunds und der angeblichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie, hielt der Ministerpräsident

v. Dusch eine heftige Sammlungsrede gegen die Sozialdemokratie. Der Minister v. Bobman sekundierte ihm und nahm sein Wort, die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung, halb und halb zurück. Und in Bayern trat kurz vor der Entscheidung der Landtagswahlen das Ministerium, das die Kammer gegen das Zentrum aufgelöst hatte, zurück, angeblich auf preussische Einflüsse hin.

Die Entscheidung der bayerischen Landtagswahlen ist am 5. Februar gefallen. Das Zentrum hat eine böse Schlappe erlitten — es verlor 11 Mandate, die ihm verbündeten Konservativen büßten 10 ein. Aber das Zentrum hat die absolute Mehrheit im Landtag doch noch behauptet. Die Sozialdemokratie stieg zwar von 21 auf 30 Sitze, die Liberalen brachten es von 24 auf 34, der Bauernbund von 2 auf 8, doch das Zentrum hat noch immer mit den Konservativen eine Mehrheit von 25 und ohne sie von 11 Mandaten. Das Wahlabkommen zwischen Sozialdemokratie, Liberalen und Bauernbund, das für den ersten Wahlgang abgeschlossen wurde, weil das Wahlsystem einen zweiten zu einer Seltenheit macht, hat also sein Ziel, die Zertrümmerung der Zentrumshegemonie nicht erreicht, sondern nur ihre Erschütterung. Es hat dieses Abkommen die Genossen mancher Wahlkreise gezwungen, für liberale Kandidaten zu stimmen, obgleich es dort kein Zentrum zu bekämpfen gab. Deshalb sind große Kreise der bayerischen Genossen, namentlich in den protestantischen Bezirken gegen das Abkommen, während die Mehrheit es für nützlich hält und anscheinend bei neuen Wahlen wieder erneuert wissen will. Der Führer des Zentrums im Reichstag, Freiherr v. Hertling, ist nach Bayern zur Bildung eines Ministeriums berufen worden. Das Zentrumministerium hätte schon lange die Konsequenz der Zentrumshegemonie sein sollen.

In der Schweiz wurde in der Volksabstimmung das Gesetz über die Kranken- und Unfallversicherung mit kleiner Mehrheit angenommen.

China soll eine Republik mit dem Kaiser an der Spitze werden. Der Kaiser soll lediglich den Titel, eine schöne Pension und das Amt zur Vollziehung der großen Opfer behalten. In die Politik aber soll er nichts hineinzureden haben. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist nach dem vorliegenden Bericht des internationalen Sekretärs auch im Jahre 1910 in ihrem Aufstieg nicht stillgestanden. Die Veröffentlichung ermangelt allerdings auch diesmal wieder der unbedingten Zuverlässigkeit, weil drei der gewerkschaftlichen Landeszentralen mit ihren Berichten im Rückstand geblieben sind. Setzt man bei diesen Ländern die Mitgliederzahlen des Vorjahres ein, so ergibt sich für das Jahr 1910 die Gesamtzahl von **10 089 430** organisierten Arbeitern. Deutschland steht hierbei mit 2 688 144 Gewerkschaften an der Spitze, es folgen England mit 2 347 461, die Vereinigten Staaten mit 1 710 438, Frankreich mit 977 350, Italien mit 783 538, Österreich mit 451 232, die Niederlande mit 143 850 Organisierten usw. Die kleinste gewerkschaftliche Landeszentrale ist Bosnien-Herzegowina mit 6269 Mitgliedern. Während dem Internationalen Sekretariat 1904 erst 12 Landeszentralen mit etwas mehr als 2/3 Millionen Mitgliedern angegliedert waren, sind ihm jetzt 19 Landeszentralen mit nahezu 6/7 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Es ist nicht möglich, Vergleiche über Einnahmen und Ausgaben der größten Landesorganisationen anzustellen, da genauere Angaben darüber von den englischen Gewerkschaften fehlen. Immerhin weist auch hierin Deutschland die größten Ziffern auf, mit der für das Erwachen der englischen Arbeiterklasse bedeutsamen Ausnahme, daß England für Streiks und Aussperrungen mehr verausgabt hat. Von den Berichten der einzelnen Landeszentralen ist besonders der aus Frankreich bemerkenswert. Wird doch darin die Aktion der französischen Gewerkschaften zur Abwehr des Altersversicherungsgesetzes behandelt. Unsere französischen Genossen bekämpfen das Gesetz, weil sie in ihm ein Werkzeug kapitalistischer Bedürfnisse erblicken und ein Gegenmittel gegen das revolutionäre Wirken der Gewerkschaften. Sie lehnen das Gesetz vor allem auch ab wegen der Beitragspflicht der Arbeiter, der Kapitalanammlung, des späten Rentenbezugs und der unzureichenden Rentenhöhe. Ebenso vertreiben die französischen Gewerkschaften die gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrags, der Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften und des obligaten Schiedsgerichtswesens. Mit um so größerem Eifer förderten sie dafür die antimilitaristische Agitation. Die Gewerkschaften der Niederlande, deren Landeszentrale erst fünf Jahre besteht, haben sich gut entwickelt, und das Unterstützungswesen hat bei ihnen schnell Wurzel gefaßt. In Dänemark litt die Bewegung stark unter der Arbeitslosigkeit, 17,6 Prozent der Mitglieder waren arbeitslos. In dem

Bericht aus Schweden kommen noch die Nachwirkungen des großen Streiks vom Jahre 1909 zum Ausdruck. Während 1907 die Mitgliederzahl 188 284 betrug, war sie 1910 auf 86 176 gesunken. 15 000 Organisierte waren noch ausgesperrt und mußten unterstützt werden, Tausende sind ausgewandert. Eine syndikalistische Bewegung suchte einzufolgen, fand aber wenig Boden. Die Gewerkschaften in Spanien hatten wiederum unter Gewalttätigkeiten, Greuelthaten und Übergriffen der Behörden zu leiden. Die Protestversammlungen gegen den Krieg in Marokko wurden verboten, ihre Veranstalter verhaftet. Die erdrückende Menge solcher skandalösen Handlungen und die Nichtachtung aller konstitutionellen Bürgschaften veranlaßten den Ausschuß der gewerkschaftlichen Landeszentrale, als eindringlichsten Protest für das ganze Land einen 24stündigen Generalstreik zu proklamieren. Kaum hatte die Regierung von diesem Beschluß Kenntnis erlangt, so griff sie auch mit brutaler Hand ein. Das Volkshaus wurde gewaltsam geschlossen, alle Ausschußmitglieder verhaftet, Hunderte von Arbeitern eingekerkert, Arbeiterorganisationen aufgelöst, Versammlungen und Zeitungen unterdrückt. Die Weltmachtpolitik erweist sich überall als Unterdrückungspolitik nicht bloß im Ausland, sondern auch im Heimatland. Infolge der gewaltsamen Niederknüttelung der Gewerkschaftsorganisationen kam nur schätungsweise über ihren Umfang berichtet werden; sie zählen etwa 100 000 Mitglieder. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, unter denen Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Länder ihren gewerkschaftlichen Kampf zu führen haben, spiegelt sich in diesen Berichten wider, die in ihrer Gesamtheit Zeugnis ablegen, welche große Fortschritte der Gedanke der Befreiung des Proletariats in allen Kulturstaaten macht.

Der Kampf im Steindruckgewerbe wurde nach beinahe neunzehntägiger Dauer beendet. Durch die nunmehr getroffenen Vereinbarungen sind die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen, die die Unternehmer planten. Die Arbeitszeit wurde für Steindrucker auf 53 Stunden, für Lithographen auf 48 Stunden wöchentlich festgesetzt. Der Lohn erhöht sich in den meisten Städten um 2, 2 1/2 und 3 Mk. in der Woche. Dazu kommen noch zahlreiche kleinere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Rund 4500 Arbeiter in 50 Städten haben in anerkennenswerter Geschlossenheit diesen Kampf zu einem erfreulichen Ende geführt.

In der Porzellanindustrie steht ein größerer Kampf bevor. Wegen Lohnstreitigkeiten in der Isolatorenbranche haben die Geschirrfabrikanten beschlossen, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Der Ausbruch eines Entscheidungskampfes in der Porzellanindustrie ist sehr wahrscheinlich, haben doch die Unternehmer schon wiederholt mit ihm gedroht. Der Anlaß zu der geplanten Aussperrung ist allerdings etwas gesucht. Als in einer Fabrik, die Isolatoren herstellt, Lohnstreitigkeiten ausbrachen, mißachteten sich andere Unternehmer dieser Branche ein und maßregelten Arbeiter. Dadurch bekam die Bewegung eine weit größere Ausdehnung, als ihr Ursprung vermuten ließ, und dieser Bewegung wollen nun die Fabrikanten durch das Gewaltmittel der allgemeinen Aussperrung ein Ziel setzen. Die Organisation der Porzellanarbeiter, die finanziell durchaus gefestigt dasteht, sieht einem größeren Kampfe mit gelassener Ruhe entgegen.

Zu einer teilweisen Aussperrung ist es im Schuhgewerbe zu Wermelskirchen gekommen. Auch hier gab den Anlaß zu der Maßregel eine Lohnbewegung in einer einzelnen Fabrik. Die Arbeiterinnen dieser Fabrik hatten Lohnforderungen gestellt und dann ihre Kündigung eingereicht, weil die Firma keinerlei Entgegenkommen zeigte. Der Unternehmer verlangte die bedingungslose Zurücknahme der Kündigung, und als dem nicht entsprochen wurde, eilten die anderen Unternehmer dem bedrängten Erwerbsgenossen zu Hilfe und sperrten 800 Arbeiter und Arbeiterinnen aus. — In Schweningen (Württemberg) wurde der Streik nach sechzehntägiger Dauer beendet. Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 9 1/2 Stunden konnte nicht durchgesetzt werden, wohl aber eine Erhöhung der Löhne um 1 bis 2 Mk. in der Woche und die Festsetzung eines Tagelohns von 3,75 Mk. Die Unternehmer der am Orte vorherrschenden Maschinenindustrie waren hier die treibenden Scharfmacher, da sie eine Übertragung der Forderungen auf ihre Betriebe fürchteten.

Ein verständiges Urteil über die Berechtigung des Arbeiters, Streikarbeit abzulehnen, fällt das Gewerbegericht in Lafr i. S. Die Lithographen und Steindrucker einer größeren Firma weigerten sich, Streikarbeit zu verrichten. Daraus klagte die Firma auf Schadenersatz. Die Klage wurde abgewiesen. In der Begründung des Urteils heißt es unter anderem, daß sich die Arbeiter in einer Zwangslage befinden hätten und durch die Ausführung der Arbeiten große Nachteile von Seiten ihrer Organisation befürchten mußten. Dem Unternehmer war bekannt, daß es sich um Streikarbeit handelte, und sein Verlangen an die Arbeiter, Streikarbeit zu verrichten, mußte

bei dieser Sachlage als gegen die guten Sitten verstößend betrachtet werden. Der Arbeitsvertrag sei dahin auszulegen, daß der Unternehmer Rücksicht auf die Verpflichtungen zu nehmen habe, die für die Arbeiter nach ihren Standes- und Organisationsanschauungen gelten. Diese Anschauungen seien begründet in dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiter. Wenn wirklich das Recht und nicht das Klasseninteresse für die Rechtsprechung in Deutschland maßgebend wäre, so sollte ein solches Urteil eigentlich selbstverständlich sein, so daß man es nicht lobend hervorheben müßte. Es ist noch über ein ähnliches, ausnahmsweise verständiges Urteil zu berichten, das die Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften berührt. In Bremen hatten die Bauarbeiter über jeden Bau die Sperre verhängt, an dem die Arbeiter durch Baupekulanten um ihren Lohn geprellt wurden. Die Maßregel sollte dauern, bis den Arbeitern der Lohn gezahlt würde, von wem es auch sei. Der Käufer eines solchen Hauses, der sich durch das späte Fertigwerden des Hauses geschädigt fühlte, erhob Schadenersatzklage gegen die Bauarbeiterorganisation, die die Sperre verhängt hatte. Während in der ersten Instanz der Verband zur Zahlung der vom Kläger beanspruchten Schadenersatzsumme verurteilt wurde, hob das Landgericht in zweiter Instanz das Urteil auf.

Ein Erfolg der Gewerkschaften in der Bekämpfung der sonderbaren Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeiterwohnungen kommt in einem Gutachten der Mannheimer Handelskammer zum Ausdruck. Darin wird erklärt, daß die Errichtung von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer nachgelassen habe, weil diese im allgemeinen keine günstigen Erfolge dabei erzielt hätten. Namentlich sei es der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Fabrikwohnhäuser, der in Verbindung mit den teuren Bodenpreisen die Unternehmer veranlaßt habe, das Bauen von Arbeiterwohnungen einzustellen. Recht so! Hoffentlich erzielen die Gewerkschaften mit ihrem Widerstand gegen die heuchlerische „Wohlfahrtspflege“ auch an anderen Orten Erfolg. #

In der Holzindustrie laufen am 17. Februar die Verträge der Tarifgruppe im Tischlergewerbe ab, die aus dem Frühjahr 1909 stammen. Unter den beteiligten 14 Städten befinden sich Kassel, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Mannheim-Ludwigshafen, Nürnberg und Pforzheim. Die bereits seit längerer Zeit gepflogenen Verhandlungen der örtlichen Parteien über den Abschluß neuer Verträge hatten zunächst nirgends zu einer vollständigen Einigung geführt. Eine Zusammenkunft der Zentralvorstände der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen beschloß deshalb, daß an den einzelnen Orten im Beisein von Vertretern der Zentralvorstände beider Parteien über die noch strittigen Punkte verhandelt werden solle. Diese Verhandlungen haben Anfang Februar stattgefunden und vereinzelt zu einer Annäherung geführt. In Kassel ist bereits ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, auf Grund dessen vom 1. Juli dieses Jahres ab die Arbeitszeit von 54 auf 58 Wochenstunden herabgesetzt und der Stundenlohn um insgesamt 6 Pf. erhöht wird. In Pforzheim und Karlsruhe kam gleichfalls eine Einigung auf ähnlicher Grundlage zustande. Die Streitpunkte der übrigen Orte werden bestimmungsgemäß der vorgesehenen zentralen Schiedskommission vorgelegt. Von deren Verhandlungen wird es abhängen, inwieweit sich diese Tarifierneuerung ohne offenen Kampf vollzieht.

Die nächste Zeit bringt den Holzarbeitern noch eine zweite größere Lohnbewegung, und zwar im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier sind im Frühjahr 1909 für zahlreiche Orte, darunter Bochum, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Recklinghausen mit dem Westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Tarifverträge abgeschlossen worden. Diese sind jetzt zum 15. April 1912 zur Kündigung gekommen. Erneuerungsverhandlungen sind auch hier bereits angebahnt, doch kommen hier bei beiden Vertragsparteien mehrere Organisationen in Betracht. So sind daran beteiligt auf Seite der Arbeitgeber neben dem bereits genannten maßgebenden Verband noch ein Zimmerverband und der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe (Sitz Berlin), und auf Seite der Arbeiter der Deutsche und der Christliche Holzarbeiterverband sowie der Hirsch-Duncker'sche Gewerbeverein.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat seit einiger Zeit seinen Mitgliedern ein neues Bildungsmittel in Gestalt der Lichtbildervorträge zugänglich gemacht. Es werden zunächst nur zwei Bilderserien vorgeführt, die die Holzarbeiter besonders interessieren. Die eine umfaßt die Unfallverhütung und den Arbeiterschutz in der Holzindustrie und zeigt photographische Aufnahmen beschädigter Gliedmaßen, Maschinen ohne Schutzvorrichtungen und solche mit guten Schutzvorrichtungen, schlechte und gute Arbeitsräume, sowie schließlich in graphischen Darstellungen den Einfluß der Organisation auf Arbeitszeit und Lohn. Die zweite behandelt die Ge-

schichte des Mobiliars und der Möbelstile, wobei Wort und Bild die Entwicklung der Holzarbeiten von der Truhe unserer Ahnen bis zum komplizierten Schrank unserer Tage zeigen. Vortragender ist Genosse Schürmann-Stuttgart. Die Vorträge, die bisher in den Gauen Berlin und Dresden stattfanden, haben durchweg auch das Interesse der zahlreich anwesenden Frauen der Mitglieder gefunden. Die bildlichen Darstellungen dürften auch für die gewerkschaftlichen Versammlungen zu einer dauernden Einrichtung werden, das Lichtbild wird ja heute allgemein in steigendem Maße in den Dienst der Bildungsbestrebungen gestellt. fk.

## Notizenteil.

### Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen.

**Aus der „süßen“ Industrie.** Der Jahresbericht des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgeossen von 1910 weist wieder einen erfreulichen Fortschritt auf in der Organisation der Fabrikarbeiterschaft der „süßen“ Industrie. Seit der Verschmelzung der Verbände der Bäcker und Konditoren im Jahre 1908 geht es beständig vorwärts. Vorher hatte die Organisation in den Fabrikbetrieben kaum Eingang gefunden, wie die erste statistische Erhebung des Zentralverbandes im Jahre 1908 erweist, die durch diesen ungünstigen Umstand sehr erschwert worden war. Dann trat der Umschwung zum Besseren ein, und er ist besonders 1910 zutage getreten. Die in diesem Jahre erneut vorgenommene Umfrage ist in gewissenhafter, unermüdlicher Weise von den Organisierten in den einzelnen Betrieben unterstützt worden. So ist eine fast lückenlose Statistik über die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse in der „süßen“ Industrie möglich geworden. Nach dieser ist ein auffallender Produktionswechsel in den Fabriken erfolgt. Früher konnte man diese in fünf Gruppen scheiden: 1. Zwiebackfabriken, 2. Nudelfabriken, 3. Honig- und Lebkuchfabriken, 4. Kakes-, Oblaten-, Spekulatius-, Printeln- und Waffelfabriken und 5. Schokoladen- und Zuckerverwerksfabriken. Schon 1908 und noch schärfer 1910 zeigte sich dagegen, daß die Fabrikation bestimmter Spezialitäten der gemischten Produktion Platz macht, daß die kleinen Fabriken immer mehr Großbetrieben weichen. Diese Entwicklung machte für die Erhebung eine kompliziertere Gruppeneinteilung nötig, wollte man ein klares Bild von der Art der Produktion geben und genau die Zahl der in den einzelnen Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen feststellen. Die Erhebung erfaßte 789 Fabriken mit 88460 Arbeitern und Arbeiterinnen, auf den Betrieb entfallen also im Durchschnitt 48,75 Arbeitskräfte. Die Unternehmer haben sich seit 1908 um 81, die Arbeiter und Arbeiterinnen um 6489 vermehrt. Die außergewöhnlich lebhafteste Konjunktur, die heute noch anhält, begünstigte die Organisationsarbeit unter der Arbeiterschaft. Von 12189 männlichen Arbeitern über 16 Jahre sind 2956 organisiert, also rund  $\frac{1}{4}$ ; von 19310 Arbeiterinnen über 16 Jahre gehören erst 2788 dem Verbände an. Diesem steht mithin noch ein großes Arbeitsfeld offen, besonders unter den weiblichen Berufsangehörigen.

Die Folgen der steigenden Verwendung von Maschinen und verbesserten Arbeitsverfahren treten wie in allen Gewerben, so auch in der „süßen“ Industrie zutage. Die Verdrängung der gelernten männlichen Arbeit durch die ungelernete, billigere Frauenarbeit gehört auch hier zu den auffallenden Zügen der Entwicklung. Die Gesamtarbeiterschaft von 88460 Personen bestand aus 14532 gleich 87,8 Prozent männlichen Arbeitern und aus 23928 oder 62,2 Prozent Arbeiterinnen. Die letzteren machen also fast zwei Drittel aller Arbeitskräfte aus. Von dem reichlichen Drittel männlicher Arbeitskräfte waren nur 58 Prozent gelernte und 62 Prozent ungelernete. Diese Ziffern zeigen deutlich das Zurückdrängen der gelernten Bäcker und Konditoren in der „süßen“ Industrie. Es entspricht nur der aufgezeigten Entwicklung, daß hier auch sehr viele jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen Verwendung finden. 1910 wurden 1337 männliche und 3444 weibliche jugendliche Erwerbstätige gezählt. Der durchschnittliche Wochenlohn stellt sich auf 9,16 Mk. für männliche und 8,14 Mk. für weibliche Jugendliche, eine Bezahlung, die bei den Teuerungspreisen kaum das Wohnen und Sattessen sichert. Auch der Verdienst der erwachsenen Arbeitskräfte, besonders der Arbeiterinnen ist noch niedrig, wenngleich der Verband schon in vielen Betrieben Lohnregulierungen und Lohnaufbesserungen erzielt hat. Die Männer verdienen im Reichsdurchschnitt 20,66 Mk. pro Woche, die Mädchen und Frauen 10,82 Mk. Die Löhne der erwachsenen Arbeiterinnen erheben sich also nur ganz geringfügig über die der männlichen Jugendlichen und sind durchschnittlich fast halb so niedrig wie die der Männer. Kein Wunder da, daß die Unternehmer der Industrie die Frauenarbeit bevorzugen, wo sie können.

Für Hamburg stellt sich der Verdienst in den fraglichen Betrieben etwas günstiger als im Reich überhaupt. Hier beträgt der Durchschnittswochenlohn für männliche erwachsene Arbeiter 21,88 M.; für erwachsene Arbeiterinnen 13 M.; für jugendliche Arbeiter 9,68 M. Es ist das eine Frucht der kräftigen, planmäßigen Agitationsarbeit. Wir lesen darüber im Jahresbericht der Zahlstelle Hamburg für 1911: „Das Betriebsdelegierten- und Vertrauensmännerstern wurde neu organisiert. Regelmäßige Zusammenkünfte alle Monate hatten zur Folge, daß es Anregungen in Menge gab, und daß sich die Rückwirkung sehr bald in der darauf gebauten Agitation zeigte. Überhaupt ist die Agitation mehr in den Fabriken als außerhalb derselben betrieben worden. Hervorragend beteiligt an der Agitationsarbeit waren eine Anzahl Kolleginnen, welche sich in einer Kommission vereinigt hatten. Regelmäßige Zusammenkünfte wöchentlich förderten das Verständnis bei den Kolleginnen für die Arbeiterbewegung, und die rege Anteilnahme an allen Abenden, sowie ihre Agitationsarbeiten zeigten, daß es eine schöne Aufgabe ist, für Menschenrechte zu kämpfen.“ Der Streik der Hamburger Bäcker, der im Mai 1911 einsetzte, ermutigte auch die Fabrikarbeitserschaft der „füßen“ Industrie zu Lohnbewegungen. Sie blieben nicht ohne gute Resultate. Es kam zu einem sehr günstigen Tarif mit der Zwiebackfabrik „Triumph.“ Nachdem bei der Firma Otzer, Altona-Wahrenfeld, Marzipan- und Früchtelkonfektfabrik, in kurzer Zeit fast die gesamte Arbeiterschaft dem Verband beigetreten war, wurden hier eine Lohnerhöhung für das gesamte Arbeitspersonal und noch andere Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bewilligt. Die Firma P. W. Gaedle, Eppendorf, Schokoladenfabrik, bequeme sich zu einer allgemeinen Lohnerhöhung von 90 Pf. wöchentlich, einer Verkürzung der Arbeitszeit, einem Aufschlag von 10 Prozent für Überstunden, von 20 Prozent für Sonntagsarbeit, von 25 Prozent für Nachtarbeit. Die Lohnbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Gartmann, Altona, Schokoladenfabrik, erzielte eine Verbesserung ihres Verdienstes um 1 und 2 M. pro Woche. Die Forderung eines Mindestlohnes von 28 M. wöchentlich für männliche Arbeiter konnte noch nicht durchgesetzt werden, wird aber später wieder erscheinen. Auch die letzte Lohnbewegung des verflorenen Geschäftsjahres hat einen erfolgreichen Abschluß gefunden. Der mit der Englischen States- und Zwiebackfabrik Grasbrook am 30. November 1911 auf zwei Jahre abgeschlossene Tarif bedeutete einen guten Erfolg, der ohne die festgefügte Organisation nicht möglich gewesen wäre. Er wird sicher für die Arbeiter anderer Fabriken ein Ansporn zum Anschluß an den Verband sein, und weitere Tarifabschlüsse dürfen die Arbeitsbedingungen in der Industrie heben. Die Filiale Hamburg ließ sich angelegen sein, in ihren Mitgliederversammlungen das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter und Arbeiterinnen durch entsprechende Referate zu klarer Erkenntnis zu schulen. Auf die Arbeiterinnen wurde dabei besondere Rücksicht genommen, es fanden Vorträge statt, die in erster Linie ihrer Aufklärung, ihren Interessen dienen.

Die Arbeiterinnenagitationskommission hat sich prächtig bewährt. In den regelmäßigen wöchentlichen Zusammenkünften hat sich ein Stamm von Frauen und Mädchen herangebildet, die in der praktischen Organisationsarbeit tüchtig sind. Ihre Funktion als Betriebsdelegierte und Vertrauensleute erfüllen sie durchaus gewissenhaft, sie erledigen selbständig und gut die Vorbereitungsarbeiten für eine Branchenversammlung, wie zum Beispiel die Flugblattverbreitung, die oft morgens vor 6 Uhr geschieht usw. Einige Mitglieder dieser Kommission, die fleißig an sich gearbeitet haben, werden mit der Leitung von Versammlungen betraut oder fungieren als Schriftführerinnen; junge Arbeiterinnen konnten in den Versammlungen ihrer Branche das Referat erstatten. Auch das sind nicht zu unterschätzende Erfolge und Beweise dafür, was planmäßige Schulung zusammen mit einem festen, ersten Willen für unsere erwerbstätigen Frauen und Mädchen vermag.

„Ich will!“ Dies Wort ist mächtig,  
Spricht's einer ernst und still.  
Die Sterne reißt's vom Himmel,  
Dies kleine Wort: „Ich will!“

e. g.

### Dienstbotenfrage.

Die Ortsgruppe Zeit des Verbandes der Hausangestellten besuchte die Leipziger Schwesterorganisation. Einige Leipziger Mitglieder hatten die Führung der Gäste durch die Stadt übernommen und brachten sie gegen Abend ins Gewerkschaftshaus, wo sich ein großer Teil der organisierten Dienstmädchen von Leipzig zu einem gemüthlichen Beisammensein versammelt hatte. Die Vorsitzende der Leipziger Ortsgruppe hieß die auswärtigen Gäste in einer Ansprache willkommen und führte kurz aus, was

der Verband bezweckt und wie dringend nötig die eifrige Mitarbeit der Mitglieder sei, um die noch Fernstehenden dem Verband zuzuführen. Genossin Fleming aus Zeit dankte für die freundliche Aufnahme und sprach in ähnlichem Sinne. Tanz und heitere Deklamationen verschönten den Abend, der das Gefühl der Zusammengehörigkeit gefestigt und zur eifrigen Arbeit für die Organisation ermuntert hat. Aug. Hennig.

**Jahresbericht der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der Hausangestellten.** Das fünfte Jahr, das seit der Begründung der Hamburger Hausangestelltenorganisation verfloren ist, war erfreulicher als das vierte. Es brachte eine Zunahme der Mitglieder um 229, von 1898 auf 1927. Zufrieden sind wir mit dieser Zahl natürlich bei weitem nicht, täglich kommen Dienstmädchen auf unser Bureau, die noch nie etwas von einer Organisation gehört haben. Der Besuch der öffentlichen Versammlungen war in der letzten Zeit sehr schlecht, deshalb legt der Verein das Hauptgewicht auf die Hausagitation. 28000 Flugblätter sind verbreitet worden. Vom 15. März 1911 an wurde im Stellennachweis der Organisation versucht, bei der Vermittlung neue Bedingungen zur Anerkennung zu bringen, die weitere Forderungen zugunsten der Dienenden an die Herrschaften stellen. Welches diese Forderungen sind, ist schon mitgeteilt worden. Mit der Verwaltung des Gewerkschaftshauses und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat die Organisation Tarife für die Reinmachefrauen abgeschlossen. Unter anderem ist darin vereinbart, daß künftig die frei werdenden Stellen in beiden Betrieben nur durch unseren Stellennachweis besetzt werden. Im April gelangten 1360 Exemplare der Broschüre von Luise Zieg zur Verteilung: „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“. Etwa 200 Mitglieder gingen am 1. Mai in dem Demonstrationszug, und diejenigen, die durch ihre Beteiligung an der Maifeier keinen Lohnausfall erlitten, führten ihren Tagesverdienst an den Maisfonds ab. Im Mai erhielt die Organisation einen Sitz in der Startellkommission. Über die Mitgliedschaft im Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ wurde im Juli eine Umfrage unter den Mitgliedern gehalten. Nach der Hamburger Gesindeordnung vom 15. April 1899 gilt 1 M. als „angemessenes“ Kostgeld für Dienstmädchen; der Verein richtete daher — wie in voriger Nummer mitgeteilt wurde — ein Gesuch an den Senat um Erhöhung dieses Satzes auf 1,60 M. Es blieb ohne Erfolg. Am 5. November fanden die Wahlen zu der „Kaufmännischen Ortskrankenkasse“ statt, in der gegen 500 unserer Mitglieder versichert sind. Wir hatten einige Delegierte aufgestellt, von denen drei gewählt wurden. Bei der Wahlarbeit waren 29 unserer Mitglieder trotz des Regens unermüdetlich tätig. Beschwerden sind auch in diesem Jahre in großer Zahl erledigt worden, das Bureau wurde mit Anfragen überhäuft. 16 Vorstandssitzungen und 12 Mitgliederversammlungen mit aufklärenden Vorträgen wurden abgehalten. Die Mahabende finden jetzt nicht mehr wie früher mehrmals in der Woche, sondern nur noch Donnerstags statt, da sich gezeigt hat, daß die Mitglieder nicht genügend Interesse dafür haben, und daß die jungen Mädchen auch ohne solche Abende an die Organisation gefesselt werden können. Der Verein machte im Laufe des Jahres 1110 Aufnahmen. 839 Mitglieder schieden aus; 831 mußten ausgeschlossen werden, weil sie die Beiträge nicht bezahlten oder die Adresse nicht gemeldet hatten. Die Einfassung der Beiträge brachte gute Resultate; im letzten Quartal zählte der Verein 1488 vollzahlende Mitglieder. Der Stellennachweis vermittelte in den letzten Monaten nur wenig Stellen mit voller Station. Das Überangebot von Mädchen in Hamburg war groß, wenn auch nicht im Nachweis der Organisation. Dort meldeten sich noch immer viel mehr Hausfrauen, die Mädchen verlangten, als Dienende, die eine Stellung suchten. Durch Annoncen usw. bieten sich jetzt recht viele und billige Arbeitskräfte an. Wir gingen bei der Vermittlung von Stellen nicht unter die von uns festgesetzten Löhne herunter, sondern wiesen entsprechend weniger Stellen nach. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911 meldeten sich 2531 Hausfrauen, aber nur 825 Mädchen, darunter 164 Tagmädchen. Es wurden vermittelt: 422 Mädchen bei voller Station, 74 Tagmädchen, 75 Aushilfen. 2342 Frauen suchten Beschäftigung als Hausarbeiterinnen. Stellen nachgewiesen erhielten: 88 Morgenfrauen, 1 Wärterin, 1 Haushälterin, 2 Plätterinnen, 5 Näherinnen, 3 Kochfrauen, 1 Servierfrau, außerdem vermittelten wir Beschäftigung für 1412 Arbeitstage. Denjenigen, die durch sie Arbeit erhielten, hat die kostenlose Stellenvermittlung der Organisation 2089,95 M. erspart. 2545 Stellennachweisscheine wurden ausgegeben; es gingen 4928 Briefe und 712 Karten ein, 1074 Briefe und 526 Karten aus, 2263 Empfehlungen und Zeitungen wurden verschickt. Das alte Jahr hat für die Organisation gut abgeschlossen. Es heißt gemeinschaftlich weiterarbeiten, damit das neue ihm nicht nachsteht, sondern es überflügelt. Luise Kähler.

### Frauenstimmrecht.

Für die Einführung des passiven Gemeindegewahlrechts der Frauen in Oldenburg hat sich im Landtag dieses Großherzogtums eine geringe Mehrheit gefunden. Der Landtag hatte einen Antrag zur Reform der oldenburgischen Gemeindeordnung zu beraten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Forderung erhoben, das Bürgerrecht der Männer auf die Frauen auszuweiten. Der Antragsteller und gleichgesinnte Abgeordnete begründeten die Forderung damit, daß die Einführung des Frauenstimmrechts dem Staat nütze, weil sie ihm alle Kräfte dienstbar mache. Zum Beweis für den Wert der weiblichen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verwiesen sie auf die Leistungen der Frau in der Kranken-, Waisen- und Armenpflege. Die Gegner des Frauenstimmrechts warteten mit den alten und alltäglichen Gründen platter Philisterweisheit auf. Die Zuerkennung des Wahlrechts an die verheirateten Frauen werde den ehelichen Frieden stören und zu Ehescheidungen führen, meinte der eine. Es könne wohl gar vorkommen, daß die Mehrheit eines Gemeinderats aus Frauen bestünde! Offenbar würde das in den Augen des biederen Landesboten so etwas wie einen kleinen Weltuntergang bedeuten. Ein anderer Herr fand die Damen „viel zu gut für die wüsten Wahlzänkereien“, schien aber gegen ihr Eingreifen in „wüste“ Auseinandersetzungen am häuslichen Herd weniger auszuweisen zu haben. Er erklärte nämlich: „Der Frau im Hause meinetwegen drei Stimmen, aber außerhalb desselben keine.“ Die sozialdemokratischen Abgeordneten traten für das volle, unbeschränkte Frauenwahlrecht ein, ihre Forderung fand aber nur ganz vereinzelte Zustimmung. Die oldenburgische Regierung erklärte sich durch zwei Vertreter gegen jede Ausdehnung des Gemeindegewahlrechts auf die Frauen. Einer der Herren begründete den ablehnenden Standpunkt damit: „Oldenburg hat nicht die Aufgabe, damit (mit der Einführung des Frauenstimmrechts) in Deutschland voranzugehen.“ Das Ergebnis der Verhandlungen war folgender Vermittlungsantrag: „Das passive Wahlrecht zu den Körperschaften der Gemeinden ist allen im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen weiblichen Gemeindeangehörigen zu verleihen, die das 24. Lebensjahr vollendet, seit 8 Jahren der Gemeinde angehört haben und entweder verheiratet sind oder als selbständig steuerpflichtig 3 Jahre zu den Gemeindefürsorgebeiträgen beigetragen haben.“

Der Antrag wurde mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen, Zentrum und Konservative stimmten gegen ihn. Der Antrag will ein recht beschränktes, sonderbares Wahlrecht einführen. Er legt wohl die Wahlbarkeit der Frauen zu den Gemeindegewahlkörpern fest, verleiht ihnen aber nicht das Recht, selbst wählen zu können. Die weiblichen Mitglieder der Gemeindegewahlkörper sollen also von den Männern gewählt werden. Wir sind überzeugt, daß in der Folge die prophezeiende erschreckliche Gefahr einer Mehrheit von Frauen in sehr nebelgrauer Ferne liegt; viel größer dünkt uns die Wahrscheinlichkeit, daß die männlichen Wähler nur wenige Frauen in die Gemeindegewahlkörper entsenden werden, zumal in die Gemeinderäte selbst. Das fehlende aktive Wahlrecht der Frauen wird also zum Teil das gewährte passive Wahlrecht zu einem toten Buchstaben machen. Unter dieser Beschränkung werden alle Frauen zu leiden haben. Die anderen undemokratischen Bestimmungen treffen vor allem die Frauen des werktätigen Volkes. Vielen von ihnen bleibt auch das verkleinerte Recht verweigert, wenn dessen Besitz daran geknüpft ist, daß die verheirateten Frauen drei Jahre der Gemeinde angehört, die unverheirateten drei Jahre selbständig die kommunalen Steuern entrichtet haben müssen. Bei der starken Fluktuation der Arbeiterbevölkerung bringt die Aufenthaltsklausel allein schon viele Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen um das zuerkannte dürftige Recht, und die Steuerpflicht der ledigen Proletarierinnen muß ebenso wirken. Nähere Nachrichten über die Verhandlungen und ihr Um und Auf liegen uns zurzeit nicht vor, auch keine Auszüge aus den Reden unserer Genossen. Wir wissen daher nicht, welche Umstände sie veranlaßt haben können, entgegen den Beschlüssen unserer Parteitage, sowie internationaler Konferenzen und Kongresse einem Antrag zuzustimmen, der ein so mehrfach verkrüppeltes undemokratisches Frauenwahlrecht schaffen will. Wir halten daher einstweilen mit unserem Urteil zurück, jedoch: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“

Die neunte Generalversammlung des schwedischen Landesvereins für Frauenstimmrecht hat im Januar d. J. stattgefunden. Besondere Erwähnung verdient der Beschluß, der Landesverein solle ein eigenes Organ herausgeben: „Rösträtt för Kvinnor“ (Stimmrecht für Frauen), das zweimal im Monat erscheinen und unter der Kontrolle des Arbeitsausschusses der Organisation stehen wird. Nach dem Bericht der Schriftführerin, Frau Boheman, ist die Tätigkeit des Landesvereins im Jahre 1911 eine besonders rege gewesen; es wurden unter anderem 85 Pro-

schüren und Flugblätter in 70 000 Exemplaren herausgegeben. Dem Verhalten der Presse zum Frauenstimmrecht ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Es wurde ein Komitee ernannt, das einen Plan ausarbeiten soll, nach welchem die Nachrichten der schwedischen Presse über das Frauenstimmrecht genau verfolgt und, wenn nötig, berichtigt werden können. Hauptgegenstand des Interesses in einer halböffentlichen Versammlung waren die Berichte der weiblichen Stadtverordneten über ihre Erfahrungen in dem neuen Amte. Aus den Berichten ging hervor, daß die Frauen in den Stadträten das lebenswürdigste Entgegenkommen gefunden haben. Wenn Frauen mit der nötigen Sachkenntnis ausgerüstet waren, so erzielten sie bei der Vertretung ihrer Ansichten und Forderungen ebenso gute Erfolge wie die Männer. In Fragen, die spezielle Fraueninteressen berühren, in der Armenpflege und dergleichen, erkennen ihnen die Männer von vornherein die größere Kompetenz zu. Die Stadtverordnetenversammlung, das wurde betont, sei eine gute Schule für den Mann, die Frau als Arbeitsgenossin im öffentlichen Leben schäßen zu lernen. In Schweden gibt es gegenwärtig 46 weibliche Stadträte. Der Vorsitzende der „Männerliga für Frauenstimmrecht“ brachte die erfreuliche Nachricht, daß die Regierung während der kommenden Reichstagsession eine Vorlage betreffend Stimmrecht und Wahlbarkeit der Frauen einbringen werde. Durch ein Telegramm dankte die Generalversammlung dem Ministerpräsidenten, daß er so bald das gegebene Versprechen gehalten habe und die Frage vor die Reichsboten bringe. Die Einführung des Frauenstimmrechtes in Schweden ist um einen großen Schritt näher gerückt.

N. Kohberger.

I. K. Für das kommunale Frauenwahlrecht in Oesterreich traten die Genossinnen kräftig ein. Dem neunzehnten Landesparteitag der Sozialdemokraten Niederösterreichs wurde von den 27 weiblichen Delegierten folgender Antrag unterbreitet: „Nicht nur im Landtag und in der Reichshauptstadt, sondern in allen Gemeinden ist bei Einbringen von Anträgen auf Erweiterung des Wahlrechts das Frauenwahlrecht ausdrücklich zu fordern und zu begründen.“ In der Debatte führte die Sprecherin der Genossinnen aus, daß es nicht genüge, wenn es nur heiße, das Wahlrecht werde für alle Staatsbürger verlangt, wie jüngst im Landtag. Bei der geringen Beachtung, die man bisher den Frauen im öffentlichen Leben geschenkt habe, falle es niemanden ein, unter Staatsbürgern auch Frauen zu verstehen. Es müsse ausdrücklich vom Frauenwahlrecht gesprochen werden. Die Sozialdemokratie werde wegen so vieler Forderungen verhöhnt, daß es gar nicht darauf ankomme, daß ihre Feinde sie auch noch wegen des Frauenwahlrechts verspotteten. Tatsache sei trotz allem, daß auch in Oesterreich das kommunale Frauenwahlrecht sich im Vormarsch befinde. Die Rednerin erinnerte daran, daß die Merisalen es in Laibach eingeführt haben, dann in Vorarlberg, zuletzt wurde es in der Stadt Steyr in Oberösterreich beschlossen; die Stadt Klagenfurt hat seine Einführung von der Meinung der Regierung abhängig gemacht. Die von den Merisalen in Oberösterreich eingebrachte Wahlrechtsreform für die Gemeinden enthielt auch das Frauenwahlrecht, allerdings nur ein Wahlrecht für Steuerzahlerinnen. Da aber selbst an die kleinste eigene Steuerleistung der Besitz des Wahlrechts geknüpft ist, so würden auch viele Arbeiterfrauen wahlberechtigt werden, wenn sie zum Beispiel einen Handel treiben oder sonst ein eigenes Einkommen versteuern. Tatsache sei weiter, daß bis zum Jahre 1889 die Frauen in Niederösterreich das Landtagswahlrecht besaßen haben. Durch die reaktionären Liberalen wurde es ihnen damals entzogen. Der Referent sprach sich ebenfalls in entschiedener Weise für die Forderung des Frauenwahlrechts aus und empfahl dem Landesparteitag, dem Antrag der Genossinnen zuzustimmen. Dieser wurde einstimmig angenommen.

a. p.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Der internationale Frauenrat der sozialistischen und Arbeiterorganisationen in Großbritannien hielt Anfang Januar die Quartalsitzung seiner Delegierten ab. Vertreten waren die Genossinnen der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Arbeiterpartei, der Fabier und der Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen. Die internationale Korrespondentin Genossin Macpherson erstattete ihren Bericht, der besonders die erfolgreichen Konferenzen der deutschen und österreichischen Genossinnen hervorhob, sowie die Versuche zur besseren Aufklärung und Organisation des weiblichen Proletariats in Italien. Sie wurde beauftragt, Informationen einzuholen über die Organisation der Dienstmädchen in Wien, sowie über die Maßnahmen und Einrichtungen, die in Deutschland und anderen Ländern des Kontinents

zur Fürsorge und Erziehung für Schwachbegabte und Schwachsinige vorhanden sind. Genossin Dr. Ventham's Rapportbericht wies mit fast 100 M. Überschuß einen befriedigenden Stand der Finanzen aus. Genossin Murby, Delegierte der Fabier und Schriftführerin des Frauenrats, hielt einen Vortrag: „Was die Frauen für die Erhaltung des Weltfriedens tun können.“ Daß große Frauenmassen noch nicht über die Verderblichkeit, das Unrecht der Kriege im klaren sind, führte die Referentin auf drei Umstände zurück: Die mangelhafte Bildung und Erziehung, zumal aber der kritiklose, tendenziöse Geschichtsunterricht und das Vorwiegen des Gefühls über wissenschaftliche Erkenntnis bei der Beurteilung politischer Fragen. Die Inanspruchnahme von Zeit und Kraft der Frauen durch den harten Kampf ums Brot infolge der ungünstigen Arbeitsbedingungen, eine Inanspruchnahme, die den Geist abstumpft. Die politische Rechtlosigkeit mit ihrer Rückwirkung auf die Entwicklung des weiblichen Geschlechts. Als Vorbedingungen dafür, daß die Frauen für die Sicherung des Weltfriedens eintreten, empfahl daher Genossin Murby: Reform der Erziehung unter tätiger Mitwirkung der Frauen; Hebung der wirtschaftlichen Lage der weiblichen Erwerbstätigen; Erwerbung des Wahlrechts. Zur Erhaltung des Friedens selbst befürwortete sie den Beitritt der Frauen zu den Friedensgesellschaften und die Entsendung von Delegierten zu Friedenskongressen, Friedensausschüssen usw. Folgende Resolution legte sie der Tagung vor: „Der internationale Frauenrat erachtet es als das wirksamste Mittel, seiner Auffassung über austauschende Fragen von internationaler Wichtigkeit durch Resolutionen an die Presse oder durch andere Demonstrationen öffentlich Ausdruck zu geben, daß ein besonderes Subkomitee eingesetzt wird, welches die betreffenden Fragen erörtert und dadurch die Stellungnahme dazu vorbereiten muß. Die Schriftführerin des Frauenrats fungiert ex officio (von Amts wegen) als Schriftführerin des Subkomitees.“ Vortrag und Resolution gaben den Anstoß zu einer langen und lebhaften Debatte, in der unter anderem auch die Frage der Errichtung einer Miliz aufgerollt wurde. Die Resolution wurde schließlich zurückgezogen. Es war ihr entgegengehalten worden, daß die im „Frauenrat“ vertretenen Organisationen ihre Stellungnahme zu den Fragen der Weltpolitik durch Resolutionen und Demonstrationen belunden. Der finanzschwache „Frauenrat“ könne ihre Aktionen nicht überbieten. Mit der Fürsorge für Schwachbegabte und Schwachsinige soll sich die nächste Delegiertenversammlung beschäftigen. Man hofft, daß dann eine sachkundige Persönlichkeit darüber referieren wird.

Mary Macpherson, London.

**Vom Fortschritt eines sozialistischen Frauenblattes in England** können wir berichten. Die „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“ gibt ein Organ heraus, das monatlich erscheint: „The League Leaflet“ (Das Ligablatt). Im Januar 1911 erschien es in einer Auflage von 500, am Jahreschluss von 3500 Exemplaren. Die Zweigorganisationen der „Liga“ wirken eifrig für die Verbreitung des vierseitigen Blattes, das politische und gewerkschaftliche Fragen vom sozialistischen Standpunkt aus behandelt. Die Führerin der gewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen, Margaret Bondfield, hat seit dem 1. Januar die Redaktion des „Ligablattes“ übernommen.

## Frauenbewegung.

Ein deutscher Frauenkongress wird in Berlin vom 27. Februar bis 2. März in Verbindung mit der Ausstellung togen, auf die wir in der vorigen Nummer hingewiesen haben. Schon diese Verbindung läßt den ausgesprochen bürgerlichen Charakter des Kongresses scharf hervortreten. Die Ausstellung steht unter dem Protektorat der Kaiserin, die unseres Wissens noch nie Interesse für die Verursachung der Frau, für die Kämpfe belundet hat, in denen das weibliche Geschlecht um seine Gleichberechtigung in Familie, Gesellschaft und Staat ringt. Umgekehrt wurde diesen Bestrebungen vor einigen Jahren von den Vertretern des altersgrauen Vorurteils ein Wort der Fürstin entgegengehalten. Es befagte, daß das Interesse der Frauen sich in vier K erschöpfen müsse: in der Sorge für Kinder, Kirche, Küche und Kleider. Das ist genau die nämliche Auffassung, die in der bekannten Königsberger Rede Wilhelm II. die Frauen mit erhobenem Schulmeisterfinger davor warnte, „nach vermeintlichen Rechten zu trachten“ und ihnen die Beschränkung auf das „stille Walten im Hause“ predigte, von dem allerdings gerade gekrönte Frauen infolge ihrer Repräsentationspflichten bei Hofe und Manövern wenig genug zu wissen pflegen. Es ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, daß die Kaiserin ihren hohen Gemahl darüber aufgetastet hätte, daß die soziale Entwicklung mit einem Heer von mehr als 9/10 Millionen hauptberuflich erwerbstätigen Frauen auch im Deutschen Reich die ehrwürdige Vernunft früherer Zeiten zu Unsinne werden läßt. Und ausgerechnet

diese Fürstin, die offenbar der modernen Frauenbewegung so fremd und kühl gegenübersteht wie etwa der Montblanc, ist von der bürgerlichen Frauenbewegung auserkoren worden, um ihren Veranstellungen Glanz zu verleihen. Denn wenn die Kaiserin offiziell auch nur als Protektorin der Ausstellung genannt wird, so ist doch sicher, daß offiziös auch etliche Strahlen der gewährten Gnade auf den Kongress fallen, der in engster Verbindung mit der Ausstellung steht und von dem gleichen Komitee wie diese organisiert worden ist. Es ist erreicht!

Wie die Dinge liegen, ist das Drängen und Stieben der bürgerlichen Frauenrechte nach höfischer Gunst mehr als eine byzantinische Geschmacklosigkeit: eine Würdelosigkeit. Aber diese hat in dem vorliegenden Falle ihren besonderen „politischen“ Sinn. Sie sollte das Jhrige dazu helfen, den Veranstellungen die Mitwirkung der konservativen und streng konfessionellen Elemente zu sichern. Ausstellung und Kongress schaffen einen Boden, auf dem im Schalten der nationalen, vaterländischen Phrase die frauenrechtlerischen Gruppen und Grüppchen aller Schattierungen sich begegnen und Schwesierentüffe tauschen können. Der Kongress wird mit den reaktionärsten Frauenrechtlerinnen auch die „radikalsten“ vereinigen. Die hatten zwar nach einer Mitteilung von Frau Breitscheid ihre Mitwirkung bei der Vorbereitung der Ausstellung abgelehnt, weil dazu die Arbeiterinnenorganisationen nicht als gleichberechtigt hingezogen worden waren. Allein ihre Entrüstung darüber scheint wieder einmal wie Schnee an der Märzsonne hinweggeschmolzen zu sein. Unter den Mitgliedern des Ausschusses für die Ausstellung der Frauenarbeit auf dem Gebiet der Presse und Literatur finden wir waschechte „Radikale“, und Frau Breitscheid selbst ist auf dem Kongress Referentin über die Frage: „Stellung und Mitarbeit der Frauen in den politischen Parteien“. Wie Figura zeigt: wie das Gericht Rindfleisch und Pfäumen bei Fritz Reuter ist Konsequenz eine schöne Sache, so man sie hat.

Der Kongress zerfällt in Tages- und Abendveranstaltungen und schließt mit einer Jugendversammlung. In den ersteren werden folgende Fragen in einer großen Zahl von Einzelvorträgen behandelt: Hauswirtschaft und Frauenfrage; Bildungs- und Erziehungsfragen; Berufsfragen (an zwei Tagen); die Frau im öffentlichen Leben. Die vier Abendveranstaltungen bringen Vorträge über: Die Bedeutung der Frauenbewegung für die berufstätigen Frauen; die Bedeutung der Frauenbewegung für das Verhältnis der Geschlechter; die Stellung der interkonfessionellen Frauenbewegung zur Religion; die Frau im kirchlichen und religiösen Leben; die Bedeutung der Frauenbewegung für die persönliche Kultur, für die Familie, für das soziale Leben. In der Jugendversammlung erfolgen drei „Ansprachen“. Es muß auffallen, daß sich unter den vielen Vorträgen, die „Berufsfragen“ erörtern, kein einziger befindet, der eine Anfröhlung der Arbeiterinnenfrage in ihrer ganzen Tiefe und Breite verspricht, dafür wird Reichstags- und Landtagsabgeordneter Graf Praschna über die wirtschaftliche und soziale Lage der Krankenpflegerinnen in den katholischen Orden referieren. Es ist gewiß selbstverständlich, daß auch dieses Thema behandelt werden muß, wenn — wie auf dem Kongress — die Frage der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Krankenpflegerin zur Erörterung steht. Aber wir meinen, daß der Arbeiterinnenfrage eine andere Behandlung gebührt hätte, als sie in einigen Vorträgen vorgesehen ist. Es ist bezeichnend, daß in den Tagesveranstaltungen Diskussion stattfinden soll, in den Abendveranstaltungen nicht. Am Tage sind die Damen hübsch unter sich, das um so mehr, als die Karten zur Teilnahme an allen Versammlungen für Nichtmitglieder frauenrechtlerischer Vereine und Nichtdelegierte von Organisationen 5 M. kosten. Da ist es so gut wie sicher, daß in der Diskussion nur approbiert bürgerliche Anschauungen vorgetragen werden. In die Abendveranstaltungen könnte sich leichter ein Bekenner des sozialistischen Standpunktes verirren. Wir sind allerdings der Meinung, daß Genossinnen und Genossen bei der ganzen Veranstaltung nichts zu suchen haben. Dieser Kongress wird alles andere sein, nur nicht eine Stätte, die der Befundung sozialistischer Überzeugung und der Agitation für die sozialistische Auffassung der Frauenfrage dienen könnte.

**Zumatrikulierte Frauen als Mitglieder studentischer Vereinigungen** läßt die Universität Jena nun zu, entgegen einem früheren Verbot. Daß sich das Prinzip der Gleichberechtigung der Geschlechter endlich durchgesetzt hat, wird von den weiblichen Studierenden freudig begrüßt werden, denen bisher die Beteiligung an wissenschaftlichen Vereinigungen ihrer Studiengenossen verwehrt war. Die freie Studentenschaft hat sich in anerkenntniswerter Weise darum bemüht, daß der alte Popf des Verbots endlich gefallen ist.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Beberloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.